

Ersteinst täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 23 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Berlin und Veranlagung. Anzeigen 20 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Correspondenz: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Vorwärts Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 8. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Beglaubigte Abschrift. I. IV. B. 185. 93. In der Strafsache gegen den Redakteur Wilhelm Schroeder zu Berlin, geboren am 6. November 1861 zu Altona, evangelisch, wegen Beleidigung. — I. IV. B. 185. 93. — hat die siebente Strafkammer des königlichen Landgerichts I zu Berlin am 5. Mai 1893 für Recht erkannt: Der Angeklagte Redakteur Wilhelm Schroeder wird wegen Beleidigung durch die Presse zu einer Geldstrafe von fünfzig Mark, der im Nichtbeitragsfalle für je fünf Mark ein Tag Haft zu substituieren und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurtheilt; auch wird dem Beleidigten, Staatssekretär des Reichspostamts Dr. von Stephan die Befugniß zugesprochen, die Verurtheilung des Angeklagten auf Kosten desselben durch einmalige Einrückung des Urtheilsentwurfs in die Zeitung „Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, und zwar an hervorragender Stelle, binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urtheilsentwurfs öffentlich bekannt zu machen, sowie der inkriminierte Artikel in Nr. 33 des „Vorwärts“ vom 8. Februar 1893 in der vorgezeichneten Zeit und diejenigen Theile der Platten und Formen, auf welchen sich der Artikel befindet, unbrauchbar zu machen. Für richtige Abschrift, Berlin, den 1. Juni 1893. Meyer, Aktuar.

Eine Reichs-Erbchaftsteuer?

Es scheint die vornehmste Aufgabe der offiziellen Presse zu sein, das Volk in betreff der Steuerpläne der Reichsregierung vor dem Wahltag möglichst zu verwirren. Von nichts schreiben die wieder voll ausgewachsenen Reptilien mehr als von Steuerplänen, obgleich der Reichskanzler den superfluen Schlachtplan haben soll, vom Reichstage die Annahme seiner Militärvorlage zu fordern und sich die Vorlage seiner Steuerentwürfe für eine spätere Session vorzubehalten. Man will damit den Anschein erwecken, daß man in der Steuerfrage zu den größten Zugeständnissen bereit ist, während man in der Militärfrage von der neuen lex Duene sich nicht mehr viel abhandeln lassen will. Man spekulirt auch auf die verschiedene Struppierung des Reichstags bei der Militär- und beider Finanzfrage. Die Richter, Lieber, Huene, Bennigsen, Kardorff, Hammerstein, Hellendorff, Roschinski, Bödel, Wilmardt lassen sich in der Militärfrage unter einen Hut bringen, sie laufen aber bei der Frage der Deckung des Militärbedarfes sofort in alle Richtungen auseinander.

Deshalb kann Caprivi sein Steuerprogramm heute unmöglich enthüllen, denn für seine Militärpolitik und für seine Steuerpläne muß er mit zwei verschiedenen Mehrheiten rechnen, er muß wirklich in diesem Falle den freilich bloß parlamentarischen Krieg nach zwei Fronten führen. Verträth Caprivi heute seine Steuerabsichten, so schwenkt sofort ein Theil seiner Wähler in die Opposition über, so muß er sich auf den nothgedrungenen Standpunkt des „Nichts Gewisses weiß man nicht“ stellen.

Warum nun das unaufhörliche Schnattern der Enten des Preßbüreaus? Die Erklärung ist sehr einfach. Würde

von Finanzplänen der Reichsregierung nichts gesprochen werden, so würden die drei B (Börsen- Branntwein- und Biersteuer) in den Wählermassen allzuviel Unruhe verursachen, man will den Gegnern der Militärvorlage das Agitationsmaterial rauben, indem man den Glauben erweckt, ganz andere Steuerpläne werden jetzt von der Reichsregierung erwogen, sie sehe von den unpopulären Vorschlägen des Herrn Maljahn ganz ab. Ja man deutet selbst an, Graf Caprivi sehe von der im Volke nicht allzu hoch geschätzten Kraft des Herrn v. Maljahn vollständig ab, und als sein Nachfolger sei der Mann der preussischen direkten Steuern, der schlaue Miquel erkoren, einer der wenigen Staatsmänner, dem auch seine Feinde schöpferische Ideen zutrauen.

Graf Caprivi wird wohl im Reichstage mit einer verächtlichen Armbewegung die Verantwortung für das Finanzgeschwätz seiner Offiziösen ablehnen und die verachten, die demselben Bedeutung beimessen. Wir gehören nicht zu diesen, wenn wir aber trotzdem auf die offiziös empfohlenen Steuerarten eingehen, geschieht es, um die Wähler schon jetzt auf die Tragweite der Projekte einerseits aufmerksam zu machen, andererseits um zu verhindern, daß sie sich Sand in die Augen streuen lassen. Und dies thut gerade den besitzlosen Klassen gegenüber dringend noth, heute mehr denn je! Wurden doch gerade in den letzten Tagen Steuerprojekte seitens der Offiziösen zur öffentlichen Erörterung gestellt, durch welche auf die Stimmung der besitzlosen Klassen spekulirt wurde. Steuern wurden empfohlen, durch die vornehmlich die Besitzenden getroffen werden konnten, so die Reichs-Einkommensteuer, dann Luxussteuern, hierauf die Steuern auf den Totalfaktor und nun die Reichs-Erbchaftsteuer, dabei wird versichert, daß die Verdoppelung der Brausteuer nicht wiederkehren wird. Nun ist freilich der Plan von der Reichs-Einkommensteuer rasch fallen gelassen worden, wohl weil den für die Agitation für die Militärvorlage Geld spendenden Großbanken und Großbankiers schon die nicht erst gemeinte offiziöse Lancirung dieses Projektes Unbehagen verursachte. Aber es ist noch vieles übrig geblieben, was „sozial verführend“ wirken sollte. Ueber die Luxus- und Totalfaktorensteuer braucht der „Vorwärts“ kein Wort zu verlieren, er hat diese Projekte schon beleuchtet. Wohl aber verdient der neueste von Miquel dem Klügsten, der die „demokratische“ „Frankfurter Zeitung“ als offiziöses Organ zu gebrauchen versteht, ausgeheckte Steuerplan eine Beleuchtung. Dagegen können doch die Sozialdemokraten nicht agitiiren, die Erbschaftsteuer wird doch in allen ihren Programmen verlangt, alle die nichts zu vererben haben, werden für diese Steuer sein, das ist die Mehrzahl der Bevölkerung, also haben wir einen famosen Wahlcoup ausgeführt, so mag sich Miquel gedacht haben, als er sich dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber „verplauderte“.

Es ist ja richtig, daß die Sozialdemokraten Erbschaftsteuern fordern, aber es ist ebenso richtig, daß die Sozialdemokratie die Erbschaftsteuern im Rahmen eines ganzen

Steuerprogrammes fordert. Die Sozialdemokratie fordert nach dem Programm von Erfurt Erbschaftsteuer stufenweise steigend nach Umfang des Erbgesetzes und nach dem Grade der Verwandtschaft, aber nicht in dieser Formulirung liegt das Charakteristische unserer Forderung der Erbschaftsteuer, sondern darin, daß sie Glied eines Steuerprogrammes ist, das die stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer mit Selbsterschätzungspflicht zur Grundlage und die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und ähnliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Folge hat. Den Hauptwerth legt die Sozialdemokratie auf den Ausbau und die richtige Gestaltung der Einkommen- und Vermögenssteuer. Die Erbschaftsteuer bietet dem praktischen Finanzpolitiker eine sehr werthvolle Kontrolle und Ergänzung der Vermögenssteuern, dem Sozialpolitiker eine Anerkennung der Oberhoheit der Staatsgewalt über das Privateigentum. Man muß sich aber hüten, die Erbschaftsteuer als Deckungsmittel der geforderten Mehrauslagen zu überschätzen. Die Erbschaftsteuer hat vor allen anderen Steuern den Nachtheil, daß ihre Erträge sehr ungleichmäßig sind, vom Zufalle abhängen, daß sie sich deshalb sehr wenig zur Deckung eines regelmäßigen Erfordernisses eignen. Dann ist zu erwägen, daß wir in den Einzelstaaten schon Erbschaftsteuern besitzen, daß demnach, wenn das Reich sich zur Einführung von Erbschaftsteuern entschließen würde, den Einzelstaaten eine Steuerquelle entzogen werden müßte, oder die Reichs-Erbchaftsteuer nur ganz niedrige Erträge abwerfen würde, weil sie dann bloß als eine Art von Zuschlag zur Landessteuer zur Anwendung kommen könnte. Beide Wege hätten ihre Schwierigkeiten. Würde man den Einzelstaaten das Recht der Besteuerung von Erbschaften nehmen, so würde dies nicht ohne ungünstige Einwirkung auf die Reichsfinanzen sein, da die Matrikularbeiträge dann nicht mehr in der gleichen Höhe aus den Kassen der Einzelstaaten in die des Reiches fließen könnten, andererseits würde die Erhaltung der partikularen Erbschaftsteuern und eine ergänzende Reichs-Erbchaftsteuer schon infolge der ungleichmäßigen Belastung in verschiedenen Staaten ihre Schwierigkeiten haben und kaum besonders Erhebliches einbringen.

Wie sehr die Erbschaftsteuern in den deutschen Einzelstaaten abweichen, sei durch einige Beispiele bewiesen. In Prozenten vom Werthe des Erbtheiles werden Ehegatten mit 8 bez. 9 pCt. in Elfaß-Lothringen, mit 1 2/3 pCt. in Baden besteuert, sie bleiben dagegen in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen steuerfrei. Geschwister-Deszendenten zweiter und weiterer Grade werden in Preußen mit bloß 2 pCt., in Baden mit 3 1/4 pCt., in Bayern mit 4 pCt., im Reichslande mit 7—8 pCt. besteuert, andere Verwandte dritten Grades werden in Preußen mit 4 pCt., in Bayern mit 6 pCt., in Baden mit 10 pCt. der Erbschaftsumme besteuert.

Man ersticht hieraus, daß die Einführung der Reichs-Erbchaftsteuer nicht gerade so einfach ist, wie die Herren Offiziösen zu meinen vorgeben.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(21)

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

Mitten in der Lektüre wurde er plötzlich auf das Stimmchen der kleinen Jeannette, der jüngsten Tochter des Brauers, aufmerksam, die neben einem anderen Schritte die Treppe heraufgetrippelt kam.

„C'est ici, Mademoiselle. Monsieur Oetting est chez lui. La porte est grandement ouverte, entrez seulement. — Oh alors, qu'est ce qu'il a fait? C'est tout plein de fumée!“

Oettinger ließ die Hand mit dem Briefe sinken und sah erwartungsvoll nach der Thür. Nicht lange, so erschien eine Dame in dem Rahmen derselben. Befremdet erhob er sich und schritt ihr langsam entgegen. Sie war eingetreten und hatte die Thür vor der Nase der kleinen Jeannette, die mit dem Finger im Munde neugierig stehen geblieben war, hinter sich geschlossen. Jetzt hob sie den Schleier.

„Tuffy,“ rief er und streckte ihr beide Hände entgegen, in die sie die ihrigen mit einem unbeschreiblichen, aus Freude, Wehmuth und lieblicher Verwirrung gemischten Blide legte. Kurt schüttelte sie ihr immer und immer wieder, und sah sie dabei mit tiefer Ergrißtheit an. Reden konnte er aber ebenfowenig wie sie, und als ihr nun die Thränen über die Wangen stürzten, hielt auch er sich nicht länger.

Von einander abgewandt, suchte jedes sich zu fassen. Kurt gelang es zuerst. „Liebe, liebe Tuffy,“ sagte er, indem

er wieder ihre Hand ergriff und sie nach dem Stuhle vor seinem Schreibtische, dem einzigen, etwas bequemen Sitz der sehr einfach eingerichteten Stube, führte: „Wie komme ich zu dem unverhofften Glück, Sie hier in der Fremde zu sehen. Was fährt Sie her?“

„Ich bin als Reisebegleiterin einer Dame hier,“ erwiderte Tuffy, ihre Thränen gewaltsam bezwingend. „Wir logiren unten am See, im Hotel Beau Rivage. Frau Malm, so heißt die Dame, konnte sich aber nicht entschließen, so hoch zu steigen,“ setzte sie, wie zur Entschuldigung ihrer Kühnheit, ihn allein aufgesucht zu haben, hinzu. „Ich mußte Sie aber sehen, das hat mir der Vater auf die Seele gebunden.“

„Nun, Tuffy, ich hoffe, Sie sind nicht nur des Vaters wegen gekommen,“ sagte Kurt mit einem leisen Vorwurf im Ton.

„Gewiß nicht,“ versetzte sie schnell und fuhr dann ablenkend fort: „Aber wie entlegen wohnen Sie hier? Gut, daß Frau Malm nicht mitkam; mit der hätte ich meine liebe Noth gehabt. Sie kann gar nicht gehen, sie ist so zart und verwöhnt und auch ein wenig kindisch,“ lächelte Tuffy mit löstlicher Ueberlegenheit, „aber so gut, wirklich herzensgut,“ setzte sie schnell hinzu. „Sie erwartet, daß Sie mich heut zum Diner um sieben Uhr zurückbegleiten. Bis dahin bin ich frei.“

„Ach, das ist ja herrlich, köstlich!“ jubelte Oettinger. „Da führe ich Sie in meinem Paradies herum, bis hinauf auf das Signal, den höchsten Punkt über Lanjanne. Dort ist eine Aussicht! Oder wollen Sie die Kathedrale sehen? — Aber ich bin ganz kopflos vor Freude. Zunächst müssen Sie sich erquicken.“ Und als Tuffy ihm wehren wollte, fuhr er, mit scherzhafter Heimlichkeit sich zu ihr niederbengend, fort: „Sie wissen, ich wohne hier in einer

Brauerei; da giebt es einen köstlichen Trunk. Entschuldigen Sie mich, in zwei Minuten bin ich wieder hier. Damit eilte er hinaus und mit elastischen Schritten die Treppe hinab.

Tuffy saß ein Weilchen sinnend da. Dann aber fing sie an, sich in der Stube umzusehen. Ihr Blick begegnete vielem, was ihrem weiblichen Ordnungssinn nicht gefiel, und schnell erhob sie sich, legte Hut und Handschuhe ab und begann Ordnung zu schaffen. Das noch immer schwellende Holz im Kamin hatte sie schon vorhin zum Nachdenken gereizt. Jetzt kniete sie nieder, ergriff den kleinen Blasebalg und blies die glimmenden Holzstücke erst fachte und dann immer kräftiger an, bis eine schöne helle Flamme aufschlug. Als Kurt mit einer Karaffe schäumenden Bieres zurückkehrte, brannte es lustig im Kamin, und Tuffy war gerade dabei, einige umherliegende Kleidungsstücke aufzuhängen. Er blieb betroffen auf der Schwelle stehen. Der Anblick des häuslich geschäftigen Mädchens, dessen schwellende Formen ihm jetzt erst auffielen, erfüllte seine vereinsamte Seele mit einem ganz eigenen Wohlgefühl und setzte ihn doch zugleich ein wenig in Verlegenheit. Indessen scherte er so unbefangen wie möglich über den Graus einer Junggefallenwirthschaft, die der wahre Gegensatz des Ewigweiblichen sei.

Tuffy erröthete ein wenig, ging aber munter auf seine Scherze ein, während sie für die Karaffe ein kleines Tischchen abräumte und vor den Kamin stellte. Oettinger war seelenergnügt über diese Anordnung und freute sich über das helle Feuer wie ein Kind, das er in seinem Herzen war, schob für Tuffy seinen Lehnstuhl heran, und lief der Magd entgegen, um ihr Gläser, Brot und Käse abzunehmen, welche Dinge er sich von der Wirthin erbeten hatte.

Und dann handelt es sich darum, wie sich in dem parlamentarischen Kriege Caprivi's nach zwei Fronten die Aussichten der Reichs-Erbchaftsteuer gestalten werden. Dies ist ja so lange nicht abzusehen, als uns nur offiziöse Äußerungen und kein ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorliegt.

Die Geschichte der Erbschaftsteuer in Preußen hat bewiesen, daß die Parteien des preussischen Landtages für Erleichterung und nicht für den Ausbau dieser Steuer sind, obgleich dieselbe im Etat für 1890/91 bloß mit der geringfügigen Summe von 6 900 000 Mark figurirt. Im Jahre 1878 war man allgemein im preussischen Landtage der Meinung, daß die Steuer für überlebende Ehegatten abzuschaffen sei. Der Abg. Mallindrotz nannte eine Erbschaftsteuer der Kinder bei Beerdigung der Eltern eine himmelschreiende Steuer. Und Fortschritt und Nationalliberalismus, Konservative und Reichspartei freuten sich damals von Herzen, daß es gerade ein Zentrumsmann war, der ihrem gepreßten Herzen so klaren Ausdruck gab.

Dessen können wir sicher sein, daß der Reichskanzler die Reichs-Erbchaftsteuer, wenn sie wirklich in einer den Finanzbedürfnissen des Reiches entsprechenden Weise gefordert werden würde, vom nächsten Reichstage nimmermehr bewilligt erhalten werden wird; wie ein Mann würden die Papen und Richter, die Rixert und Hammacher, die Benningen und Stumm, die Niebach-Sorquitten und Hammerstein fest und treu zusammenstehen in trotzigster und energischster Opposition gegenüber dem Attentat der Reichsregierung auf ihre teuersten Geldschränke und ihre Bankdepots. Der General-Reichskanzler ist sicherlich ein muthiger Mann, aber dieser geschlossenen Gegnerschaft wird er sich niemals entgegenstellen wollen, und hätte er den Muth, sein Herz würde weich werden von den heroischen Klagen der nothleidenden Grundbesitzer, denen man eben in Preußen die Grundsteuer erlassen hat und die man nun zu einer Reichs-Erbchaftsteuer heranziehen wollte. Er würde den Vorwurf des Undanks seitens der Hochfinanz und Großindustrie nicht ertragen können, die auf ihren schlecht gelohnten Patriotismus hinweisen würden, er würde die Beschuldigungen der Frauen im Lande ob der unchristlichen Steuerpläne im Deutschen Reich nicht abwehren können.

Dies sehen die Miquel, Caprivi und Malyahn voraus, sie werden deshalb auch nicht eine einschneidende Reichs-Erbchaftsteuer planen, wenn überhaupt solche Steuerprojekte ernstlich erwogen werden, sie werden bloß harmlose Entwürfe machen, welche die Reichsregierung nicht erheblich belasten und die Armen von dem guten Willen der Regierung überzeugen sollen, daß die Reichsregierung zu Gunsten der Armen beabsichtigt werden sollen.

Doch die Armen lassen sich nun nicht mehr täuschen, sie sind erfüllt von Mißtrauen gegen alle Regierungspläne, und sie haben das Recht dazu.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni.

Graf Caprivi erklärt in einem halbamtlichen, mit böshafter Spitze gegen Bismarck versehenen Artikel durch den Mund seines Pindter in der Abend-Ausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Juni:

Die „Hamburger Nachrichten“ und die „Freisinnige Ztg.“ vertreten in längerer fast gleichzeitig erschienenen Leitartikeln die Anschauung, daß die Regierung zwar formell berechtigt sei, den Reichstag im Falle einer einmaligen Verwerfung der Militärvorlage zum zweiten Male aufzulösen, daß aber ein solches Vorgehen gegen den Geist der Reichsverfassung verstoße, weil die Auflösung den Charakter einer Berufung an die Wähler trage und die Wiederholung der Wahlregel einen Verstoß gegen den Satz „no bis in idem“ (nicht zweimal in derselben Sache) enthalte. Dieser Verstoß, die Verfassung zum Nachtheil der Regierungsgewalt auszuheben, verdient entschiedene Zurückweisung. Die Bestimmung des Artikels 24 der Reichsverfassung ist an sich klar; sie knüpft das Recht der Auflösung an das Erforderniß eines Beschlusses des Bundesraths und die Zustimmung des Kaisers, kennt aber sonst keinerlei Beschränkung. Die Auslegung, daß damit nur „formelles Recht“ geschaffen werde und der Geist der Verfassung der Regierung Schranken auferlege, welche der klare Wortlaut nicht vorliegt, ist juristisch unhaltbar und im konkreten Falle um so verkehrter, weil am allerwenigsten bei einer militärischen Frage die Absicht der Reichsverfassung gewesen sein kann, dem Votum des Reichstages den Charakter eines Urtheils letzter Instanz beizulegen, dem die Regierung sich un-

weigerlich zu fügen hätte. Die Berufung endlich auf den strafrechtlichen Grundsatz „no bis in idem“ ist völlig unverständlich. — Die Regierung wird ihrerseits die Verfassung gewissenhaft halten, aber auch jedem Veruche entgegenzutreten, der dahin geht, die verfassungsmäßigen Rechte und Gewalten zu ihren Ungunsten zu verschieben.

Wenn die Regierung erklärt, daß sie die „Verfassung gewissenhaft halten“ werde, so sei dies hiermit verzeichnet. Aber wozu das ausdrücklich versichern, was selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit der Regierung ist? Verfassung oder Verfassungsbruch, das ist die Frage. Und die Staatsstreicher sind noch nie so lech und herausfordernd gewesen, wie heute. Orakelhaft dunkel ist die Schlussfolgerung der Caprivi'schen Rundgebung. Betrachtet die Regierung es etwa als eine „Verschiebung“ ihrer „Gewalten“, wenn der neue Reichstag die Militärvorlage über Bord wirft? Will die Volksvertretung die Verfassung vorkühnlicher gestalten, was thäte die Regierung gegen die Demokratisierung der Verfassung, wenn hinter dem Parlament die Mehrheit der Nation stünde? U. U. w. g.!

Die Zeilenschänder der bürgerlichen Presse exploitiren die Wahlbewegung für ihre Zwecke, indem sie Mitweibertratsch und Lafaienlatz in alle Welt trompeten und sich für die „sensationalen“ Tartaren-Nachrichten Zeile für Zeile bezahlen lassen. Die Lohnschreiber der Reaktion suchen so gut Stimmung zu machen wie die Reporter der bürgerlichen Mischmasch-, Kompromiß- und Wadelstrumpf-Gruppen. So war in einzelnen Blättern dieser Tage „aus sicherer Quelle“ berichtet worden, daß der Kaiser sich gegen die Aenderung des Wahlrechts ausgesprochen habe. Was für eine Privatmeinung der Kaiser über das Wahlrecht hegt, kommt nicht in Betracht, nur die Verfassung entscheidet. Und diese hat das allgemeine Wahlrecht gesetzlich festgelegt. Daran ist nicht zu drehen noch zu deuteln. Die Wähler werden am 15. Juni durch ein Millionenvotum bekunden, daß sie das Wahlrecht nicht antasteten lassen.

Der lange Arm des Parisismus scheint sich im Deutschen Reich, dessen Staatsmänner die Militärvorlage bekanntlich auch mit der „vom Othen drohenden Gefahr eines Krieges“ zu begründen suchen, abermals mit Erfolg ein Opfer holen zu wollen. Der aus Rußland gebürtige Student Grapski, den die russische Polizei wegen irgend eines Quatsch verfolgt, ein durchaus harmloser junger Mann, kam von Paris beschwefelt hierher und wurde hier verhaftet. Da der Ausländer in Deutschland keinerlei Aufenthalt hat, sondern ihn die Polizei ausweisen kann, ganz wie es ihr paßt, so wird der von dem russischen Despotenthum verfolgte Student wahrscheinlich aus Preußen ausgewiesen werden, und es besteht die Gefahr, daß er nach Rußland ausgeliefert wird. Haben wir nach Lage der Dinge hinsichtlich der Ausweisung an sich nur die Möglichkeit des Protestes, so erwarten wir von der preussischen Regierung wenigstens, daß sie in demselben Augenblick, wo die Militärvorlage mit den russischen Kriegsanfängen „begründet“ wird, der Welt nicht das empörende Schauspiel giebt, demselben Rußland, gegen das der Deutsche angeblich bald marschiren müssen wird, ein neues Opfer für Sibirien oder für die schuppigen Reiter der Schlüsselburg oder einer anderen Marterkammer der Schandinstitution Parisismus zu überantworten.

Herr Thielen waltet seines Amtes mit Umsicht. Nicht bloß in Breslau, auch anderswo ist der Wahlerlaß angeschlagen worden. So wird aus Köln am Rhein berichtet, daß die dortige Eisenbahn-Direktion die vorgesezten Beamten angewiesen habe, die Angestellten ihres Ressorts bis herunter zum Weichensteller und Kottenarbeiter anzuhalten, am 15. Juni ihrer Pflicht als Staatsbürger zu genügen und zur Wahlurne zu gehen. So wird's gemacht.

Aus dem Reiche des Herrn von Stephan. Mit seinen Ueberschüssen paradiert der Postetat, aber diese Ueberschüsse werden nicht sozialpolitisch verwertet für die darbenenden Postunterbeamten, sondern dem Militarismus zugeworfen. Nach dem jetzt vorliegenden endgiltigen Finanzabschluß der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung für das am 31. März 1893 beendigte Etatsjahr ergiebt sich in dem ordentlichen Etat ein Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe von 24 598 078 M., d. i. gegen das Vorjahr

„Seit dem Herbst. Zuerst gingen wir nach Wiesbaden, dann nach Schlangenbad und endlich nach Beveg, von wo wir kommen.“

„Also so lange sind Sie schon in meiner Nähe und ich keine Abnung davon zu haben! Warum schreiben Sie mir nicht?“ fragte er voll Bedauern, indem er seine Hand leicht auf ihren Arm legte. Sie schwieg und er fuhr fort: „Aber der Vater, was macht der nun ganz allein?“

„O, der Vater war damit völlig einverstanden. Er kann sich ohne mich viel billiger einrichten. Sie wissen, daß er sein Geschäft aufgegeben hat — wie, Sie wissen es nicht? Er hat Ihnen doch geschrieben?“

„Ja, aber das muß noch vorher gewesen sein. Er klagte nur über das miserable Leben, und daß das Geschäft nichts einbrächte.“

„Nun ja. Etwa vor einem Jahre hatte er wieder einen Mann“ — Sie wissen, er hat immer einen Mann, auf den er schwebt“, schaltete sie lächelnd ein. „Diesmal aber einen, der ihm wirklich Nutzen brachte. Es war ein Leihbibliothekar, der einen Gehilfen brauchte, und dem Vater die Stelle mit einem Gehalt anbot, das für seine geringen Bedürfnisse ausreichte. Etwas Passenderes konnte es für den Vater nicht geben, und ich rieth ihm sehr, es anzunehmen. Die Waaren wurden veranlionirt, und Vater lebt nun von Morgens bis Abends unter Büchern, in seinem eigentlichen Element. Nur vertieft er sich bisweilen zu sehr darin, so daß die Leute, welche Bücher wechseln kommen, ihn erst in die Gegenwart zurückrufen müssen. Einmal wäre er beinahe von der Leiter, auf der er hoch oben lesend saß, beim Anruf eines Kunden heruntergestürzt.“

Dettinger konnte sich bei dieser Schilderung nicht enthalten, laut anzulachen und Tussy stimmte lustig ein.

„Das Uebrige erzählen Sie mir auf unserem Spaziergang, wenn Sie nicht zu ermüdet sind, um auszugehen.“

Tussy zeigte sich sofort bereit.

(Fortsetzung folgt.)

mehr 2 765 251 M. und gegen den Etat mehr 8 375 140 M. Die Postunterbeamten werden am Wahltag zur Lösung der Frage beitragen: Wie sind die Ueberschüsse wahrhaft nutzbringend zu verwenden? —

Uns wird unterm 7. Juni geschrieben:

Unsere Postbehörde hat gestern verfügt, daß der Erholungs-Urlaub für sämtliche Beamten bis nach dem 15. d. M. hinausgeschoben werden soll, damit alle sich am Wahltag in Berlin befinden und an der Wahltheilnehmen können. Diese Maßregel ist etwas ganz Ungewöhnliches. Vielleicht — wünscht die Behörde im Einverständnis mit anderen Behörden (siehe unter Artikel: Eisenbah-Erlasse) durch dieses Hinfommandiren zur Wahlurne die beiden Berliner Kreise, deren Heimfall an uns zu befürchten steht, zu retten, da sie sich jedenfalls in dem Glauben befindet, daß die Stimmung unter den unteren Postbeamten infolge der gleich nach der Reichstags-Auflösung vertheilten Gehaltszulagen besser geworden ist. Darin irt sie sich allerdings. —

Zum Kapitel: Die Sozialdemokratie in der Armee schreibt man uns:

Vor einiger Zeit ist ein vertraulicher Erlaß des Kaisers an die gesamte Armee ergangen, daß Sozialdemokraten nicht zu Gefreiten und Unteroffizieren avanciren dürfen. Das trifft insbesondere auch die sozialdemokratisch gestimmten Einjährig-Freiwilligen, deren es ebenfalls in der Armee giebt. Infolge dieser Verordnung ist unter einzelnen Regimentern, die sich aus Bezirken rekrutiren, in welchen die Sozialdemokratie große Vertretung hat, Mangel an passendem Gefreiten-Material eingetreten. Die sozialdemokratischen Soldaten sind genau wie die sozialdemokratischen Arbeiter immer die intelligenteren, um diese Thatsache können auch die Militärbehörden nicht herum. Man sieht, die Sozialdemokratie ist ein Faktor geworden, mit dem auch die Armee rechnen muß, sie mag wollen oder nicht. —

Für ein neues Sozialistengesetz macht bereits in gar nicht verschämter Weise das Organ des Königs Stumm und der anderen Magnaten, die „Post“ eifrig Stimmung. Die Wähler seien darauf hingewiesen, damit diese Thatsache ein neuer Stachel für ihren Wahler sei. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes sei, so führt die „Post“ aus, „der einzige Moment von Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie seit den letzten Reichstagswahlen“. Eine wesentliche Veränderung in der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stehe in ursächlichem Zusammenhang mit dem Fall des Gesetzes. Dann heißt es:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse müssen bei dem Urtheil aber in so weit in Betracht gezogen werden, als die Wahlen von 1890 sich auf der Höhe der aufsteigenden wirtschaftlichen Bewegung vollzogen, während inzwischen eine stark rückläufige Bewegung eingetreten ist, deren Ueberwindung noch nicht sicher erscheint. Der Unterschied in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften und die dadurch bedingte Veränderung des wirtschaftlichen Gewichts der Arbeitnehmer im Verhältnis zu den Arbeitgebern muß für die Kraftentfaltung der Sozialdemokratie bei den jetzigen Wahlen ein Hinderniß sein. Erreicht die Sozialdemokratie daher, wie sie hofft, einen weiteren erheblichen Zuwachs an Stimmen, so wird man der Aufhebung des Sozialistengesetzes noch eine erhebliche ungünstigere Wirkung beimessen müssen, als dies schon aus der Zahl der Stimmen allein sich ergäbe.“

Bekanntlich hat das Sozialistengesetz auf die Dauer den stetigen Fortschritt unserer Partei nicht aufzuhalten; die letzte Wahl, die unterm Sozialistengesetz vor sich ging, die vom 20. Februar 1890, brachte uns die höchste Stimmenzahl von allen Parteien und 85 Mandate. Jedes Ausnahmengesetz wirkt agitatorisch. Aber die Grundursache des Aufschwungs der Arbeiterpartei ist der unaufhaltsame Fortschritt des Kapitalismus, der politisch unterdrückt und wirtschaftlich ausbeutet, und zwar je höher er sich entwickelt, um so stärker und in immer größerer Steigerung. Wenn das Stamm-Blatt die Hungerpeitsche als hemmende Kraft unserer Bewegung aufzählt, so leuchtet das ein. Es übersteht nur, daß trotz aller Wahlbeeinflussung, amtlicher und einzelkapitalistischer, der Druck den Gegendruck hervorruft. Mit oder ohne Sozialistengesetz, wir marschiren vorwärts. Ruft aber heute die „Post“ nach einem Ausnahmengesetz, so tritt sie in die Fußstapfen ihres Herrn, der im Parlament wer weiß wie oft schon für Zwangsgesetze gegen uns geifert hat. Wähler, seid auf der Hut! —

Studien für das Branntweinmonopol. Wie der „Freisinnigen Zeitung“ mitgeteilt wird, hält sich gegenwärtig der geheime Finanzrath Köhler aus Berlin in Niederschlesien auf, um in einer Reihe von Rektifikationsanstalten und Kognakfabriken Studien zu machen im Interesse der Einführung des Spiritusmonopols. —

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht bereits einen Gesetzentwurf über die Branntwein-Erzeugung im Deutschen Reich, der nach den Wünschen der Schnapbrenner das Monopolplänchen zuschneidet und offenbar aus „Sprit“-Arten stammt. Das Reich soll danach u. a. den Fusel kaufen zu einem von den Fuselbrennern bestimmten Preise. Gegen diese volksfeindlichen Maßnahmen wehre sich der Wähler am 15. Juni! —

Ein höherer deutscher Militär und Staatsmann hat gesagt:

„Ich glaube nicht, daß unter den lebenden Herrführern einer da ist, der im Stande wäre, diese Massen (es war von Armeen von 4 500 000, resp. 5 400 000 Mann die Rede), mit denen zu rechnen man sich jetzt geübt hat, zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamem Schlagen zu bringen. Das ist bei solchen Zahlen ausgeschlossen.“

Ferner:

„Wenn ich eine Truppe zu führen hätte und wüßte, sie soll sich morgen schlagen, dann würde ich das Befehlen haben, sie heute Nacht noch ruhig schlafen zu lassen. Und ich meine, wenn ein Zeitungsschreiber wirklich glaubt, wir wären so nahe vor dem Kriege, der thut klüger, er läßt Handel und Wandel ihren Gang gehen, als er beunruhigt seine Leser vor der Zeit und schwächt dadurch den nationalen Wohlstand, auf den wir doch angewiesen sind, wenn es mal zum Äußersten kommt.“

So sprach der General-Reichskanzler Caprivi im Reichstage bei der Budgetdebatte am

Es war ein sehr frugales Mahl, welches er der lieben Landsmännin hiermit bot, aber in der Stimmung, in der sich beide befanden, schmeckte das schöne Schweizer Weizenbrot und der echte Emmenthaler Käse, mit dem kräftigen Doppelbier befeuchtet, besser als die schönsten Delikatessen. Und Tussy fühlte erst jetzt, daß ihr der Weg einen tüchtigen Appetit gemacht hatte. Sie griff wacker zu.

„Und nun erzählen Sie, liebe Tussy, wie ist es gekommen, daß Sie Ihre Stellung als wohlbestaltete Schullehrerin aufgegeben und Reisebegleiterin geworden sind?“

Tussy spielte mit den Brotkrümchen auf der Tischplatte. Dann sagte sie: „Ehrlich gestanden, meine Thätigkeit befriedigte mich nicht. Das ewige Grammatik-Pauken, ich hatte es nach anderthalb Jahren so satt! Und dann auch sehnte ich mich hinaus aus der Enge meines Lebens. Ich wollte auch einmal etwas von der Welt sehen, all' die trägen Erinnerungen hinter mir lassen.“

„Nur zu begreiflich!“ nickte Dettinger ernst, indem ein Seufzer seiner Brust entstieg.

„Da las ich die Anzeige von Frau Malm und meldete mich. Sie bot mir so viel, wie mein Gehalt an der Schule betrug, und ich schlug ein.“

„Malm, der Name kommt mir bekannt vor.“

„O, gewiß haben Sie ihn gehört. Die Malms sind eine reich begüterte Familie bei Königsberg. Frau Malm ist Wittwe, sie heirathete ganz jung einen schon bejahrten Mann, der sie auf Händen getragen haben soll, ihr auch ein bedeutendes Vermögen hinterlassen hat. Aber glücklich scheint die Ehe nicht gewesen zu sein, wenigstens merkt man ihr keine Trauer um ihren „lieben Alten“ an, wie sie ihn immer nennt. Ach, sie ist so drollig! Nun, Sie werden sie kennen lernen!“ lächelte Tussy, als ob sie etwas Besonderes für ihren Freund in Aussicht hätte. „Sie muß sehr schön gewesen sein, ist es noch,“ setzte sie mit einem wichtigen Kopfnicken hinzu.

„Und wie lange sind Sie nun auf Reisen?“

Parteigenossen!

Publikum nicht den Werth der mündlichen und brieflichen Propaganda unter Euren Verwandten, Freunden und Bekannten.

In wenigen Tagen wird gewählt. Agitirt unablässig, damit unserer Partei möglichst keine Stimme verloren geht. Vergesst neben der Verbreitung von Druckschriften und der sonstigen Agitation unterm

27. November 1891. Heute agitiren die Regierungsleute mit dem Russen- und Franzosen-Popanz, heute fordert die Regierung ungeheure Truppenmassen. Was sagt Graf Caprivi zu Herrn von Caprivi? —

Eine Blamage, wie sie in solcher Größe kaum je dagewesen, ist der konservativen Partei durch einen ihrer Agitatoren während der diesmaligen Wahlbewegung bereitet worden. Der durch seine schwarzen Listen den Lesern des „Vorwärts“ schon unvortheilhaft genug bekannte Hauptmann F. L. Straß, Leiter der Grube Ilse bei Senftenberg im Casau-Ludauer Wahlkreise, versandte ein geheimes Zirkular, das wie folgt lautet:

Grube Ilse N.-L., den 29. Mai 1893.

F. L. Straß,
Kriegerverein Nischen.
3. Nr. ...

Ganz vertraulich!

Sehr verehrter Herr Kamerad!

Ich befürchte, daß unsere Wahlansichten in Senftenberg und in der nächsten Umgebung recht trübe sind. Die liberalen „Eingeländts“ des äußeren gewandt schreibenden „Einer für Viele“ schaden uns außerordentlich, und sind sehr geeignet die Schwankenden stütz zu machen und gegen uns einzunehmen.

Daß wir uns in eine Zeitungspolemik mit diesem starken Gegner einlassen, erscheint für uns bei den vielerlei Kriegervereinen, welche wir uns in der Ausdrucks- und Agitationsweise aufzulegen haben, als nicht rätlich. Die Jander'schen Schriftsätze haben uns nicht viel genützt, sondern sehr geschadet.

Wir müssen etwas anderes thun, das Aussehen macht, und die Freude der Menge an Lärm und Aufsätzen befriedigt, das auch das altpreussische konigstreue Bewußtsein da wieder erweckt und zu thätigstem Auftreten für uns stärkt, wo wir am ersten mit solchem Versuch auf Erfolg rechnen dürfen.

Ich meine, wir können solches gemeinsam mit den übrigen Kriegervereinen der ganzen Gegend bewirken. Ich schlage Ihnen vor, daß wir nun, wie es ja schon vorläufig besprochen war, alle Kriegervereine in und um Senftenberg, d. h. von Cleitowig, Nischen über Sorbo bis Niemitz und Horkitz zu einer großen Versammlung bei Saranitz einberufen.

Als Vorstand können uns ja verschiedene allgemeine Angelegenheiten, welche statutenmäßig beraten werden dürfen, dienen. Dann folgt eine Rede über die Heeresvermehrung und deren Nothwendigkeit, die uns auch niemand verwehren kann. Darauf wird die offizielle Versammlung geschlossen und ziehen wir mit Fahnen und Musik und einigem anderen Klimate durch die Stadt nach dem Schützenhause. Dort findet ein kameradschaftliches Beisammensein mit obligatem, von der konservativen Parteiklasse zu bezahlendem Freibier statt. Sind die Köpfe durch das braune Raß, die Musik und den Gesang, von patriotischen Soldatenliedern erst tüchtig erwärmt, so gehen wir zur Wahlpropaganda über und ziehen schließlich, nachdem Monteußel ein Hoch gebracht, und sich Jeder verpflichtet hat für ihn zu stimmen, nach dem Markte, wo wir die Liberalen noch durch den Gesang einiger patriotischer Lieder ärgern werden, daß sie grün und blau werden. Ich weite zehn gegen eins, daß $\frac{1}{4}$ der Stadt uns nachläßt und mitflingt. Auf solche Weise bekommen wir die Vorhand und wird endlich der traurigen Angstmeierei so vieler Konservativen ein Ende gemacht, welche jetzt aus Furcht vor den Hänfelen und Beschimpfungen durch die Liberalen in den Kneipen abgehalten werden, mit ihrer Meinung heraustraten. Andererseits zwingen wir die mancherlei Deuchler und unsicheren Elemente in den Vereinen offen für uns Farbe zu bekennen. Sie können nach der Theilnahme an solcher Demonstration nicht wieder zurück, und werden auch durch die gewiß nicht ausbleibenden Redereien von fortschrittlicher Seite gereizt, es gar nicht wollen.

Ich denke wir fangen so mindestens

400—500 Stimmen.

Mag Herr Ricker oder der große Eugen Richter nachher auch über uns losziehen, so haben wir doch den Vortheil gehabt und kann uns, wenn wir es in der Form vorsichtig anfangen, doch niemand ernstlich an den Wimpern klumpen!

Vorbereitung jedes Erfolges ist aber absolute Geheimhaltung des Zweckes und des Ausgangs. Namentlich darf der „Einer für Viele“, welcher offenbar gute Verbindungen besitzt, nicht davon ahnen. Er würde sonst vorher die Sache in seiner bekannten gewandten Weise verheßfäßen, und uns das ganze Konzept verderben.

Wir würden vorher lächerlich gemacht werden, die Theilnahme würde schwach und der Erfolg der entgegensetzte von dem, den wir sonst erwarten dürfen.

Deshalb sondiren Sie bitte die Vorstände derjenigen Vereine, welche Ihnen zulassen, auf vorsichtige Weise, und lassen Sie nur die verständigsten und absolut zuverlässigsten Leute in das Spiel hineinschauen, in welchem wir „Grand mit Bierem schwarz“ spielen und gewinnen müssen. In meinem Rayon ist die beste Meinung vorhanden und stehe ich Ihnen für alle 245 rothberänderten Mägen aus dem Nischener Bezirk.

Ich sende den Brief durch einen Boten, dem Sie die Antwort wohl gleich mitgeben, so geben wir sicher vor Verrat.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Ihr aufrichtigster ergebener

F. L. Straß

Kerniger ist der ungeheuerliche Schwindel, den die Konservativen mit dem Volke und mit dem Wahlrecht treiben, noch nicht gekennzeichnet worden, als in dem zynischen Schreiben des skrupellosen Hauptmanns und Arbeiterquälers F. L. Straß.

Ultramontane Liebeshändel. Der Hader zwischen Quenelingen und Schorlemer'schen einerseits und den offiziellen Zentrumsleuten andererseits brennt lichterloh. Zum Beweis, daß zwischen ihm und Windthorst eine Gegensatz, wie die Zentrumspresse behauptet, nicht bestanden habe, veröffentlichte Herr v. Schorlemer am Sonnabend einen sehr liebenswürdigen Brief Windthorst's. „Der Brief“ schreibt der „Westfälische Merkur“, bietet den schlagenden Beweis, wie edel und großmüthig Erzellen Windthorst trotz Allem und Allem verfahren ist. Heute ward uns ein Brief von Herrn v. Schorlemer's Hand an einen Herrn vorgelegt, der nicht Abgeordneter war. In diesem heißt es:

„Seiber hat man Windthorst in Aachen (auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands) etwas zu stark auf-

geblasen, und das giebt ihm zu viel Selbstvertrauen zu Transaktionen, denen er mehr zuneigt, wie jeder andere. Wir werden an ihm zu stellen haben.“

Der „feste Thurm“ birft auseinander. — Nun packt auch Schorlemer-Akt aus. Er erzählt: „Am nur eins hervorzuheben, wolle er hier einen Ausspruch des verstorbenen Abgeordneten Windthorst anführen, den dieser ihm bei einer seiner öfteren Begegnungen in Ems gemacht habe: „Es sei ihm der Tag der unangenehmste, an dem er den Besuch des Abgeordneten Lieber zu erwarten habe!“ —

Also doch! Der gothaische Landtag hat denn doch dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben und trotzdem, daß es seiner deutschfreisinnigen Mehrheit recht bitter gewesen sein mag, auf den Antrag unseres Genossen Bock reagirt. Einstimmig beschloß am 6. Juni der Landtag, die Regierung um Aufhebung des Verbots öffentlicher Geldsammlungen zu Wahlzwecken, das sich gegen die Sozialdemokratie richtete, zu erlösen. Ob aber Herr Minister Strenge, der weiland Liberale, den Landtagsbeschluss beachten wird, das ist vorläufig eine offene Frage. Vorläufig, d. h. vielleicht bis — nach dem 15. Juni! —

Die Augsburgs „Postzeitung“, das alte bayrische Zentrumsblatt, wird demnächst als Ersatz für das dem Zentrum abgetriebene „Freundenblatt“ kirchliches Hauptorgan und nach München verlegt. —

Dem Herrenhause ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des § 211 des Allgemeinen Berggesetzes vom 21. Juni 1865 nebst Begründung zugegangen. Es handelt sich um die Ausdehnung der Bergwerks-Novelle auf den oberschlesischen Erzbergbau. Weshalb dem Herrenhause, das sonst nur mit der Initiative betraut wird bei der Hundesteuer u. s. w., wohl diese nicht unwichtige Sache zuerst übergeben wird? —

Ueber die Landtagswahl-Aussichten der Sozialdemokratie in Bayern schreibt die ultramontane „Kölnische Volks-Zeitung“:

„Die Sozialdemokraten hoffen, diesmal auch einige bayerische Landtags-Mandate zu erobern und glauben dann in der bayerischen Abgeordnetenkammer das „Jünglein an der Waage“ bilden zu können. Sie haben im vorigen Jahre auf ihrem ersten bayerischen Parteitag in Regensburg-Reinhausen ein eigenes Landtagswahl-Programm aufgestellt, welches u. a. für den Landtag das allgemeine Stimmrecht und Trennung von Staat und Kirche fordert. Für dieses Programm haben die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag eifrig agitirt (v. Bollmar in Altbayern und Grillenberger in Franken), so daß sie in München, Nürnberg, Jülich, Würzburg und Speyer-Ludwigsbafen auf Erfolge rechnen. Bei den vorletzten Wahlen vor zwölf Jahren brachten sie es in ganz Bayern nur auf fünf Wahlmänner, nämlich in Hof und Nürnberg je zwei, in Kulmbach einer. Bei den letzten Wahlen von 1887 brachten sie es aber in Oberbayern bereits auf 80 Wahlmänner (82 in München I, 84 in München II, 14 in München III), in Oberfranken auf 12 (Wahlkreis Hof), in Mittelfranken auf 122 (Ansbach 2, Nürnberg 92, Jülich 28). In Niederbayern, Oberpfalz, Unterfranken und Schwaben und in der Rheinpfalz hatten sie keinen Wahlmann. Im ganzen brachten sie es auf 214, d. h. über 2 pCt. aller gewählten Wahlmänner. Seitdem hat die Sozialdemokratie in Bayern unangewöhnlich große Fortschritte gemacht. Denn während z. B. bei den Reichstagswahlen von 1891 die Sozialdemokraten in Bayern im ersten Wahlgange nur 21 700 von 483 185 = 4,5 pCt. der abgegebenen gültigen Stimmen erhielten, stieg diese Ziffer bei der Reichstagswahl von 1890 auf 101 000 von 727 518 = 13,9 pCt. der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie hatte sich um das Vierfache vergrößert. Dabei zeigte sich schon damals die demeritenswerthe Erscheinung, daß in dem ländlichen Wahlkreis Rosenheim-Riedbach die Sozialdemokraten 9,6 pCt. aller Stimmen erhielten, und daß die Sozialdemokratie, die 1881 nur in 18 von 45 bayerischen Reichstags-Wahlkreisen vertreten war, 1890 in allen 45 Wahlkreisen Stimmen erzielte. Ziemlich erwarten die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl ganz besondere Erfolge, während sie bei den Landtagswahlen, bei welchen indirekt gewählt wird und das Wahlrecht an gewisse materielle Voraussetzungen geknüpft ist, wahrscheinlich nur in München und Nürnberg Erfolge erzielen werden. Es könnte aber dann leicht kommen, daß weder Zentrum noch Liberale in der Abgeordnetenkammer die Mehrheit erhalten und daß jede der beiden Parteien zur Mehrheit die Unterstützung der Sozialdemokraten gebrauchen würde. Von den 180 Abgeordneten der Zweiten bayerischen Kammer gehörten bisher 80 dem Zentrum an, 74 waren liberal, 4 konservativ und 1 wild. Der Wilde gehörte eigentlich auch zum Zentrum, mit dem auch die Konservativen stimmten.“ —

Im englischen Unterhause wurde das Amendement Butcher's zur Home-rule-Bill, wonach die irische Legislatur nicht berechtigt sein soll, Gesetze, betreffend Verschönerung, Aufrühr, gefehrwidrige Versammlungen und Verbrechen gegen Personen zu erlassen, mit 317 gegen 276 Stimmen abgelehnt. —

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantragte, wie der „Bosser'schen Zeitung“ aus London unterm 7. Juni telegraphirt wird, die Opposition wieder verschiedene Zusätze zu Klausel III der Home-rule-Vorlage, die bezweckten, der irischen Legislatur die Befugnisse zu entziehen, Gesetze über Aufrühr, Verschwörungen, ungesetzliche Versammlungen und Verbindungen, Einschüchterung, Verbrechen gegen die Person, Kriminalprozedur und Sprengstoffe zu geben. Alle diese Anträge wurden von den Vertretern der Regierung als dem Grundgedanken der Vorlage widersprechend ernstlich bekämpft und nach zweifeln länger erregter Erörterung schließlich mit Mehrheiten von 40 bis 50 Stimmen verworfen. Mit lebhaftem Beifalle begrüßten die Irländer eine Erklärung Gladstone's, daß, wenn eine irische Legislatur hergestellt werde, die Gesetze für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung und für die gute Verwaltung Irlands geben solle, es eine selbstmörderische Politik sein würde, ihr Befugnisse zu entziehen, die zu einer guten Verwaltung des Landes unumgänglich nothwendig seien.

Rumänische Offiziere sind so „schneidig“, wie ihre westeuropäischen Kameraden“. Wegen einer im Bukarester „Abeverul“, einem antipolitischen Organ, erschienenen, gegen die Person des Kronprinzen Ferdinand gerichteten Notiz wurde der Herausgeber des Blattes von mehreren Offizieren des ersten, vom Thronfolger kommandirten Jägerbataillons zur Aufnahme eines Widerrufs veranlaßt, der jedoch den Offizieren nicht kategorisch genug erscheinen mochte, da sie Donnerstag Abend, zwölf an der Zahl, das Redaktionsoffizial des „Abeverul“ überfielen und, wie die Wiener „Presse“ mittheilt, die dort anwesenden Redakteure Weidman, Roman und Jecu thätlich beleidigten. Der Heldenthum dieser Horden, die tapfer über eine Minderheit herfiel, verdiente ein schwingendes Siegesbulletin. Wir bedauern, daß die frechen Burschen nicht so handgreiflich zurückgewiesen wurden, daß sie Anstand lernten. —

Namentliche Abstimmungen. Im Reichstag ist zum ersten Male ein Verzeichniß der namentlichen Abstimmungen während der Legislaturperiode 1890/93 erschienen, wodurch die Orientirung über das Verhalten der Parteien wie der einzelnen Abgeordneten erheblich erleichtert wird. Es haben in der angegebenen Zeit im ganzen 32 namentliche Abstimmungen stattgefunden, aus welchen wir nach der „Freisinnigen Zeitung“ die folgenden hervorheben:

Am 26. Juni 1890 fand eine namentliche Abstimmung statt über die damals beantragte Erhöhung der Präsens-Präsensstärke des Heeres um 19 870 Mann, nämlich von 468 419 Mann auf 488 289 Mann. Die Erhöhung wurde mit 211 gegen 129 Stimmen angenommen. Dafür, also mit Ja, stimmten die beiden konservativen Parteien, die Nationalliberalen und die Mehrheit der Zentrumsparthei, dagegen, also mit Nein, stimmten die Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten und 20 Abgeordnete der Zentrumsparthei.

Ebenfalls am 26. Juni wurde namentlich abgestimmt über den freisinnigen Antrag, in dem Gesetzentwurf über die Präsens-erhöhung des Heeres durch einen besonderen Paragraphen die zweijährige Dienstzeit der Fuhrtrupps einzuführen. Dieser Antrag wurde mit 205 gegen 184 Stimmen abgelehnt. Das Verhalten der Parteien war dasselbe wie bei der Abstimmung unterm 1.

Am 16. Januar 1891 fand der Steuerreformant der freisinnigen Partei, Richter und Genossen zur Vertheidigung derselben verlangte die Verabfolgung der Kornzölle, die Befreiung der Ausfuhrprämien für Zucker und die Privilegien der Brenner bei der Branntweinsteuer (Lieber gab). Der Antrag ging dahin, den Reichsanwalt zu ersuchen, im Interesse der Entlastung der minder wohlhabenden Volksklassen und behufs Anbahnung einer gerechteren Besteuerung durch geeignete Vorklagen, 1. die Kornzölle gänzlich auf die bis 1887 bestehenden Sätze (8 Mark pro Doppel-Zentner) zu ermäßigen, sobald eine allgemeine Revision des Zolltarifs eingeleitet, welche unter gänzlicher Befreiung der Zölle auf Korn, Vieh und Holz auch eine Entlastung der Landwirtschaft herbeiführt; 2. die Aufhebung der Zuckermaterialsteuer und der damit zusammenhängenden Ausfuhrprämien für Zucker zu veranlassen; 3. die Privilegien der bisherigen Brenner bei der Verbrauchsabgabe für Branntwein in Fortfall zu bringen. Der Antrag wurde mit 210 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Dafür, also mit Ja, stimmten die Freisinnigen, die Volkspartei und die Sozialdemokraten, dagegen, also mit Nein, die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und das Zentrum.

Am 23. Januar 1891 wurde der freisinnige Antrag Barth auf Aufhebung des Einfuhrverbots gegen amerikanische Fleischwaren mit 193 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Dafür, also mit Ja, stimmten die Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten und Nationalliberalen, dagegen, also mit Nein, die Konservativen, Freikonservativen und die Zentrumsparthei. Inzwischen ist bekanntlich das Einfuhrverbot aufgehoben worden.

Ueber den deutsch-österreichischen Handelsvertrag im Ganzen wurde am 18. Dezember 1891 abgestimmt. Der Vertrag, welcher die Ermäßigung der Kornzölle und des Weinzolls enthielt, wurde mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen. 6 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Es stimmten gegen den Vertrag, also mit Nein, 5 Nationalliberale, 8 Freikonservative, die 5 Antisemiten und 35 Konservative.

Am 29. März 1892 wurde der Antrag Menzer auf Erhöhung des Tabakzolls mit 205 gegen 56 Stimmen abgelehnt. In der Minorität, also mit Ja, befanden sich eine Anzahl konservativer, nationalliberaler und kirchlicher Abgeordneter zumeist aus Tabak bauenden Wahlkreisen.

Am 8. Februar 1893 kam ein konservativer Antrag zur Abstimmung, einen Gesetzentwurf zu verlangen, durch welchen den Konsumvereinen die Abgabe von Waaren am Nichtmitgliedern schlechthin und unter Strafandrohung verboten werden soll. Der Antrag wurde mit 131 gegen 92 Stimmen angenommen. Dafür, also mit Ja, stimmten die beiden konservativen Parteien und die Zentrumsparthei, dagegen also mit Nein, die Freisinnigen, Volkspartei, Sozialdemokraten und die Nationalliberalen.

Am 20. April wurde bei der Bucher-Gesetz-Novelle abgestimmt über die Einführung einer Verpflichtung zur jährlichen Rechnungslegung, eine für große Geschäftszweige, welche mit Bucher nichts zu thun haben, besonders lästige Bestimmung. Die Bestimmung wurde mit 192 gegen 83 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten die Freisinnigen, die Volkspartei und die Sozialdemokraten sowie einige Freikonservative und Nationalliberale, mit Ja die Uebrigen.

Am 27. April fand die Abstimmung statt über den Antrag Schneider (Damm) zum Gesetz über den Verath in Betreff der militärischen Geheimnisse. Der Antrag wollte alle Strafbestimmungen des Gesetzes auf die Schriften, Zeichnungen und andere Gegenstände hinaus auf „Nachrichten aller Art“, deren Geheimhaltung erforderlich ist. Die Ausdehnung wurde abgelehnt mit 131 gegen 97 Stimmen. Mit Nein stimmten die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei und der größere Theil des Zentrums, mit Ja die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und ein kleiner Theil des Zentrums.

Am 6. Mai 1893 wurde bei der zweiten Verathung der Militärvorlage über den Antrag v. Guene (Präsens-erhöhung um 70 000 Mann) abgestimmt. Der Antrag wurde mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Daraus erfolgte die Auflösung des Reichstags. Für den Antrag Guene, also mit Ja, stimmten die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, Polen, 11 Mitglieder der Zentrumsparthei und 8 Freisinnige; dagegen, also mit Nein, das Gros der Zentrumsparthei, der freisinnigen Partei, die Volkspartei und die Sozialdemokraten. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 8. Juni, Opernhaus. Der Freischütz. Neues Theater. Ein Schritt vom Wege. Kritiker Theater. Die Waise von Lowood. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Angst, die Tochter der Halle. Proll's Theater. Das Mädchen des Eremiten. Viktoria-Theater. Frau Venus. National-Theater. Die neue Militärvorlage. Alexanderplatz-Theater. Die Directrice. Vorher: Im Vorzimmer seiner Excellenz. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Or. Frankfurterstr. 132. Novität! Zum 6. Male: Novität! Die neue Militärvorlage. Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Adolph Steinede. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr. Im Garten: Or. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges. 6. Abt's Spezialitäten-Programm der Residenz. Auftreten von Chansonetten, Sängerinnen, Clowns, Tänzerinnen, Komikern, Soubretten u. c. Morgens: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Im Pavillon lebend ausgestellt: 1 Pferd aus Californien. Mähne 14 Fuß. Schweif 12 Fuß. Werth 200 000 Mk. Vom 11 bis Abends 9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neu: Der Tod als Erlöser. Neu: Die Schreden des Meeres. Bauern-Aufstand! Musik. Vorstellungen. Irrgarten. — Schreckenkammer.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Im prachtv. Sommergarten täglich

Gr. Garten-Concert

Spezialitäten-Vorstellung. Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt. Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen.

Commandantenstr. 77-79. Täglich: Auftreten der Leipziger Sänger vom Brynkall-Palast. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. Anerkannt gute Küche. Für Festlichkeiten und Versammlungen. Carl Koch.

Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahnhof's Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnhof Zoologischer Garten. Heute, Donnerstag, den 8. Juni 1893, Anfang 8 Uhr:

Große außerord. Vorstellung mit ausgewähltem Programm unter Mitwirkung des gesammten Herren- und Damenpersonals. Heute 3. letzten Male: Der Wilddieb. Ausstattungspantomime mit Ballet in 4 Akten von Direktor Ernesto Ciniselli, arrang. u. inszenirt vom königl. italien. Hof-Balletmeister Hrn. Antonio Tognani, ausgef. von 200 Personen und dem aus 60 Damen besteh. Corps de Ballet. Die Rolle des Wilddiebes wird dargestellt vom Direktor.

Ernesto Ciniselli, Direktor. Morgen, Freitag: Große Komiker- und Clown-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne. „Der Melodidauer“ von Angenruder. Sonntag, 11. Juni, I. Abth. Sonntag, 18. Juni, II. Abth.

„Waldfest im Müggelschlösschen“. Sonntag, 25. Juni. (Siehe große Annonce in der Sonntagsnummer.)

Schweizer-Garten am Königsthor.

Täglich: Concert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissenat, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verorora. Im Saale: BALL. [4190L]

Moabiters Gesellschaftshaus.

Mt-Moabit 80 und 81. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf. 4127L* Helmut Peters.

B. Nieff's Festsäle,

Weberstr. 17. empfiehlt sich zur bevorz. Saison den Vereinen zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Saal gratis u. sonstige coulante Bedingungen. 34412*

Restaurant „Lindenhof“ Stolpe

am kleinen Wannsee hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regeldampfer u. Kaffeeküche zur Verfügung. Kreuzer am Bahnhofs Wannsee. 4193L* A. Mattausch.

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.

W. Griess, Restaurant, Saal und schattiger Garten. NB. Einzige Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.

Empfehle als Freunden u. Bekannten mein Bierlokal Simon, Mantensfelstr. 83.

Stehbierhalle S.O.,

alte Stammkundschaft, weg. Todesfall billig z. verl. auch in Ratenzahl. Näh. Simon, Mantensfelstr. 83. [3076]

Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinsz. J. Lenz, Alte Jakobstr. 69.

Kinderwagen-Bazar,

Jerusalemstr. 42 u. Brunnenstr. 6. Grobhartig. Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franko. (Nuch Theilzahlung.) 43112*

1 Laden z. Milchgesch. und U. Wohnung sof. od. sp. zu verm. Lübbenerstr. 26.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhalde,

Geuts, Donnerstag, den 8. Juni 1893: Gr. Extra-Garten-Konzert. Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. A. Froelich.

Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen,

Geuts Donnerstag: Grosses Sommernachtsfest. Bal paré. Elite-Konzert. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. U. a.: Wih. Löhner, Kolossal-Mensch. Hr. Oermont, mit seiner Menagerie. Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf. Max Weimann.

Altenberg's hem. Färberei, Näherei, Garderob.-Reinig.-

Anhalt, Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stck. Gerren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigt. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 3716L*

Unserm Freund, dem Herrn Restaurateur G. Rose zum heutigen Wiedergewinn die herzlichste Gratulation nebst einem donnernden Hoch. 3046

Die drei Hochtischen. „Nun aber das Billard raus!“

Dienstag, den 6. Juni, Abends 10 Uhr, starb im Augusta-Hospital mein treuer Mitarbeiter, unser werthter Kollege, der Schriftföher

Ernst Albrecht im 26. Lebensjahre. 312b Sein biederer Sinn und Charakter sichern ihm ein bleibendes Andenken! Margarethe Jedock. Die Kollegen der Jedock'schen Buchdruckerei.

Dankfagung. 3036 Für die überaus zahlreichen Beweise treuer Theilnahme bei dem herben Verlust unseres einzigen Kindes und den überaus großen Kranzspenden sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank. Aug. Haberstroh u. Frau.

Ostbahn-Park am Rastriener Platz, (Hermann Jmbs) Rüdorsdorferstr. 71, am Ostbahnhof. Täglich: Concert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Pantomimisten-Truppe Carotton, urform. Tagometer-Droschkenfahrt, Mr. De Dolis, Regier-Excentric u. Volksbelustig. jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.

Norddeutsche Brauerei.

53. Chaussee-Strasse 53. Täglich: Concert. Wochentags Entree frei. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Nachtung!

Unterzeichnete fordern alle Genossen auf, so schnell als möglich die in ihren Händen befindlichen Wahlsonds-Listen an den betreffenden Stellen abzurechnen. Die Vertrauenspersonen. Fr. Zubell, W. Erbs. 349/15

Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.

(Eing. Genossensch. mit beschr. Haftpf.) Die zum Sonntag, den 11. d. M. angekündigte außerordentliche Generalversammlung findet umstände halber nicht nachmittags 6 Uhr, sondern vormittags 10 Uhr statt. [309b] Der Vorstand. Der Aufsichtsrath.

Roh-Tabak

Sumatra-Deckblatt v. 140 Pf. an, Java-Umblatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämtliche anderen Sorten. 4035L* G. Elkhuyson, Alte Schönhauserstr. 5.

Nordhäuser Würze (3 zu 100)

liefert à Liter 0,65 Mk. 301b Otto Schulz, Lübbenerstr. 16, pt.

Eine Hobelbank mit Werkzeug. Vier Schraubstöcke verzugshalber zu verkauf. Zu erstagen im Grünkrampfgeschäft, Görlitzerstr. 57. 306b

Jede Uhr unter Garantie

loftet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Kleine Reparaturen entsprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren C. Wunsch, Jannysstr. 38, u. d. Oranienplatz

J. Mann sucht sof. möbl. Schlafst. allein. Nähe Waldemarstr. 56. Off. m. Preisang. Postamt 94, M. H. S. 2.

6. Wahlkreis.

2 große öffentl. Volks-Versammlungen

am Freitag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr. 1. In Bötzow's Brauerei, Prenzlauer Allee 142-147. Referent: Alphons Borchardt. 2. Im Lokale Wedding-Park, Müllerstraße Nr. 178. Referent: Jacobey. 853/12 Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Vertrauenspersonen.

Gesangverein Berliner Typographia.

Freitag, den 9. Juni, Abends 10 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Commandantenstraße 20: Außerordentliche General-Versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand. 158/19

Gesangverein Berliner Buchdrucker.

Montag, den 12. Juni, Abends 10 Uhr, im Saale des Herrn Ehrenberg, Annenstraße 16: Außerordentliche General-Versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand. 158/18

Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg. O. P. No. 7055. Potsdam, den 22. Mai 1893.

Nachtrag

zu dem Statut der Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin vom 10. Januar 1893.

Nachdem die Generalversammlung der Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin vom 9. April d. J. es abgelehnt hat, die in dem Erlasse vom 12. März d. J. — O. P. 2946 — angeordnete Abänderung des Kassenstatuts zu beschließen, ändere ich hiermit gemäß § 83 Absatz 3 des Krankenversicherungsgesetzes den § 10 des Statuts der gedachten Kasse von Amts wegen mit rechtsverbindlicher Wirkung vom 5. Juni d. J. dahin ab, daß derselbe lautet:

„Als Krankenunterstützung wird gewährt für die Dauer der Krankheit, aber nicht über 13 Wochen: 1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei, 2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag die Hälfte des im § 9 festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld, 3. die Lieferung von Brillen, Bruchbändern und ähnlichen Vorrichtungen und Heilmitteln, welche zur Heilung des Erkrankten erforderlich sind.“

Diese Anordnung ist gemäß § 60 des Kassenstatuts öffentlich bekannt zu machen. Der Ober-Präsident, Staatsminister. Achenbach.

Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin. Verhaltungs-Regeln für erkrankte Mitglieder welche Krankengeld beziehen. Auf Grund des § 26a Ziffer 2a des Krankenversicherungsgesetzes und des § 20 des Statuts hat die Generalversammlung vom 9. April 1893 folgende Kontrollvorschriften beschlossen:

1. Kassenmitglieder, welche infolge einer Krankheit erwerbsunfähig werden, haben dieses sofort nach dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit der Kassenverwaltung unter genauer Angabe ihrer derzeitigen Wohnung Anzeige zu erstatten. Ein, während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit eintretender Wohnungswechsel, sowie die Wiederaufnahme der Arbeit sind ebenfalls innerhalb 3 Tagen der Verwaltung zu melden.

2. Dem Krankenkassentrolleur muß zu jeder Tageszeit der Zutritt zur Wohnung des Kranken gestattet werden und hat der Kranke jede Auskunft zu erteilen, welche sich auf die Krankheit bezieht. Der Krankenschein ist dem Kontrollleur stets vorzulegen und

Kürschnergessen verlangt [43882] C. E. Renmann, Alexanderstr. 12. [2994]

Lehrling zur Lackerei verlangt. Alte Jakobstr. 50. [2994]

Hierzu zwei Beilagen

Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes. Carl Pisch. August Rudolph. Vorstehenden Vorschriften über das Mahnverfahren wird nach § 55 Absatz III des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 hiermit die Genehmigung erteilt. Berlin, den 26. Mai 1893.

Gewerbe-Deputation des Magistrats. (L.S.) Mugdan. 2784 G. S. II 93.

Eisenbahn-Krise.

Und wird aus Schlesien geschrieben:
Der Wahl-Erlass der Breslauer Eisenbahn-Direktion in Breslau ist nichts Besonderes.

Wir erwarten, daß Sie nur einem reichsfreundlichen Kandidaten Ihre Stimme geben werden.
Königliche Eisenbahn-Kommission.
Dr. Mide.

So lautete einst in Kattowitz im Januar 1874 — als die Schwarzen à la Windthorst in der Aera Bismarck-Fall zu den notorischen „Reichsfeinden“ zählten, — der Schlußsatz eines Urteils, das dem Stationsvorsteher Hoeregott in Myslowitz zugesprochen wurde. Herr Mide war übrigens der Sohn eines fürstlich-schlesischen Konsistorialrats. Und so wie damals geht es gerade bei dieser Eisenbahnverwaltung noch heute.

Gerade bei den bevorstehenden Wahlen wird vom Präsidenten herab bis zum Vorarbeiter, in den Bureaus sowohl wie in den Werkstätten, Gütermagazinen und bei Streckenarbeitern emsig dafür gewirkt, daß der Staat vor „inneren Feinden“ bewahrt bleibe.

Da werden z. B. in den Bureaus Denkwörter vertheilt, nach Art des kaiserlichen Erlasses vom 4. Januar 1882, worin es hieß: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, die mit der Ausführung meiner Regierungssakke betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Dienstfeld beschonene Pflicht auf Vertretung der Politik meiner Regierung auch bei den Wahlen.“ Dieser Erlass ist noch 1890 vertheilt worden.)

Da fehlt es nicht zur Frühstückszeit an passender Unterhaltung: Ermahnung durch subalterne Streber, bei Abtheilungsleitern, Bureauvorstehern, Werkmeistern. Da wird ein unbedeutendes Mitglied, ein Regierungsrat, der sonst ein minderwertiges Deputat X, Y oder Z beauftragt, damit betraut, nunmehr seine ganze Thätigkeit der Wahlbewegung zu widmen. Er geht nicht alsbald mit den Hochzeiten auf der Bischofsstraße, König von Ungarn in Verbindung. Nun werden Listen des gesammten Personals angefertigt. Da werden aus jeder Bureau-Abtheilung 4 bis 6 überaus „königstreue“ sogenannte „Vertrauensmänner“ ausgesucht. Im November jeden Jahres, bei Festsetzung der Remunerationen, fehlt es nicht an Erkenntlichkeit für treue Dienste.

Um das Agitationsfeld tüchtig zu bearbeiten, werden kurz vorm Wahltag alsdann diese „Vertrauensmänner“ 2 bis 3 Tage von den Bureauvorstehern beurlaubt, und in Zusammenkünften sowie durch persönliche Besuche bei sogenannten „Königstreuen“ Familienhäuptern wird eifrig gearbeitet.

Was für ein Druck insbesondere bei der Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn zur Wahlzeit auf die Arbeiter und kleinen Beamten im Arbeiterverhältnis ausgeübt wird, beweist die Thatsache, daß 1887 vor den Septennatwahlen die Güterboden-Arbeiter in Breslau auf den Magazinen von Schuppen zu Schuppen von dem damaligen Expeditionsvorsteher väterlichst ermahnt wurden, durchaus „nur Königstreue“ zu stimmen, sonst — — — In den verschiedenen Handwerker-Abtheilungen der „Muster“-Werkstatt der Oberschlesischen Eisenbahn hat zur Wahlzeit das Sekretariat für Arbeiterpersonal die größte Arbeit. Dann haben die Werkmeister und Werkführer (früher Vorarbeiter genannt) diejenigen Wahllokale zu besetzen, wo die Hauptzentren der Arbeiter sich befinden, um es etwa einem jaghaften Arbeiter noch an der Nase abzusehen, ob er denn „roth“ wählt.

Daß die latente Bevormundung der Arbeiter und der kleinen Beamten unausgesetzt stattfindet, beweist am schlagendsten die Thatsache, daß in alle sozialdemokratische Volksversammlungen besondere Werkstattheiten entsendet werden, wie dies thatsächlich am 2. November 1890 (bei Genosse Zukaner's erster Verhinderung) der Fall war, was zwei protokolllarische Vernehmungen zur Folge hatte.

Doch die Eisenbahnbediensteten werden allen Beeinflussungsversuchen zum Trotz ihre Pflicht thun. Geheim ist die Wahl, und die richtige Antwort auf die Krise wird der 15. Juni geben.

Die Reichstagswahlen.

Die Stichwahlen sollen, wie es heißt, bei dem diesmaligen Anlaß sämmtlich auf einen Tag festgesetzt werden, was bisher nicht immer der Fall gewesen. Wiederholt ist ein neugewählter Reichstag einberufen worden, bevor die Stichwahlen vollständig beendet waren. Dieses verfassungsmäßig zweifelshafte Vorgehen scheint in der bevorstehenden Session vermieden werden zu sollen.

Man vergleiche damit folgende Mittheilung des Hamburger „Echo“ vom 7. Juni: „Amtliche Wahl-agitation ist es natürlich nicht, was in den Bureaus der Eisenbahnverwaltung getrieben wird; bewahre, es ist eine „Aufklärung“, die den Beamten seitens ihrer Vorgesetzten zu Theil wird. Seitens verschiedener Beamten der Eisenbahn-Direktion Altona gehen uns Briefe zu, welche übereinstimmend folgende Mittheilungen enthalten: Am Sonnabend Morgen artikulierte in den Direktionsbureaus ein interessantes Schriftstück. Dasselbe war mit „Geheim“ bezeichnet und wurde in geschlossener Mappe von einem Bureau ins andere getragen. In den einzelnen Bureaus ging ein Beamter damit herum und legte es den anderen vor, aber nur so lange Zeit, als notwendig zum Lesen war; offenbar befürchtete man das Abschreiben oder gar Verschwinden des Aktenstückes. Der Inhalt kann von uns nur dem Sinne nach, nicht wörtlich, wiedergegeben werden. Das Schreiben (unterzeichnet: Der Präsident, i. B.: [gez.] Göring. — Gesch.-Nr. S. I 79) verwies auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl und forderte alle Beamte und Arbeiter auf, sich an der Stimmabgabe zu beteiligen. Es handle sich nicht nur darum, Deutschland nach außen zu stärken, sondern es gelte auch, den inneren Frieden zu wahren. Die Beamten müßten sich der ihnen aus ihrem Beamtenverhältnis erwachsenden Pflichten erinnern und sie werden deswegen auf den Erlass von 1882 dringend verwiesen. — Das wird natürlich die zu unserer Partei gehörenden Eisenbahnbeamten — und deren sind nicht wenige und nicht bloß Subalternbeamte — nicht hindern, am 15. Juni einen sozialistischen Stimmzettel abzugeben. Ist dies doch das einzige Mittel, ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben, da jede öffentliche oder private Äußerung ihrer Überzeugung die schwersten Nachtheile für sie im Gefolge haben würde. „Im übrigen hüß'ts ja doch nichts“ (das Schreiben nämlich), bemerkt uns einer der Beamten. „Die Beamten wissen zu einem großen Theil ganz genau, weshalb sie keine Zulagen bekommen und daß die Wahl geheim ist. Das Resultat wird dies wohl zeigen.“ Daß unter den Arbeitern der Eisenbahnverwaltung die Stimmung für die Regierungsforderungen keine bessere ist, als unter den Beamten, das liegt auf der Hand. Das berühmte Sparsystem der Eisenbahnverwaltung hat den Leuten die Augen geöffnet.“

Ueber die Agitationstour Singer's wird uns im An-schluß an den früheren Bericht noch gemeldet:

Die Versammlungen in Duisburg, Crefeld und Aachen waren überfüllt. Hunderte konnten wegen Platz-mangels nicht in die Lokale und standen an den geöffneten Fenstern, in den Gärten und auf den Straßen. In dieser schwärzesten Pfaffenede des Reiches fanden die wichtigen Ausführungen Singer's gegen das Zentrum stürmischen Beifall bei den Volksmassen, und die wuthschraubenden Artikel der Zentrumspresse über die Versammlungen, die Beschimpfungen unseres Genossen sind der deutlichste Beweis dafür, daß die Diebe gefessen haben, die der Redner den klerikalen Brot-vertheilern verabreicht hat. Vorigen Donnerstag referirte Singer in Bochum in einer Versammlung auf dem Schützenhof, die von etwa 6000 Personen besucht war. Trotzdem nur ein sogen. halber Feiertag war — die protestantischen Unternehmer ließen ihre Arbeiter am Frohnleichnamstage nicht feiern — waren die weiten Räume des Schützenhofes nachmittags 4 Uhr fast bis in den letzten Winkel besetzt. Die Versammlung nahm einen vorzüglichen Verlauf. Die Ausführungen des Referenten fanden laute Zustimmung, und anhaltender Beifall folgte dem Vortrage, worin unter Zugrundelegung des sozialdemokratischen Programms die gesetzgeberische Thätigkeit der Bourgeoisie nach Gebühr gezeigelt worden war. Ueber die Versammlung in Lüdenscheid haben wir bereits berichtet. Bemerkenswert sei noch, daß Singer hier mit dem Nationalliberalismus und dem Freisinn scharf ins Gericht ging. Trotzdem eine ziemliche Anzahl Gegner im Saale waren, kamen sie der Aufforderung des Vorlesenden, sich gegen die Angriffe Singer's zu vertheidigen, nicht nach. In Elberfeld gab es eine wahre Völkerwanderung nach dem Johannisberg, dessen Räume sich als viel zu klein für den kolossalen Andrang erwiesen. Die Zugänge zum Lokal wurden polizeilich gesperrt; im Saale standen die Massen dicht an einander gedrängt, um den oft durch stürmischen Beifall unterbrochenen Vortrag zu hören. Nach Singer sprach Harm, und da auch hier von den Gegnern niemand das Wort nahm, wurde die Versammlung unter begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie nach etwa 2 1/2 stündiger Dauer geschlossen. In Ronsdorf und Remscheid, wo die Partei die allerbesten Aussichten hat, den Wahlkreis dem Freisinn zu entreißen, fanden am Sonntag Versammlungen statt, die ungewöhnlich stark besucht waren und in Erinnerung an den Ronsdorfer Schwur sich verpflichteten, alles anzubieten, um den Sieg an die sozialdemokratische Fahne zu fesseln. Die mächtige Schützenhalle in Remscheid war von etwa 3500 Personen besetzt, während mindestens noch ebensoviel Menschen in das bereits 2 Stunden vor Beginn der Versammlung polizeilich gesperrte Lokal vergeblich Einlaß verlangten. Hier kam es zwischen einigen Antisemiten und dem Referenten zu lebhaften Auseinandersetzungen.

Gegenüber den antisemitischen Behauptungen konnte Singer nachweisen, daß die Zahlen, welche angeführt waren, genau denselben Werth hätten, wie die bekannten Schwarzd'ischen Aiten.

Mit diesen unserer Sache einen glänzenden Erfolg verheißenden Versammlungen beendete Genosse Singer die Agitationstour in Rheinland und Westfalen. Die dort überall herrschende Begeisterung und feste Entschlossenheit berechtigt uns zu der Annahme, daß die Sozialdemokratie am 15. d. Mts. sowohl den Zentrumssthum ins Wanken bringen, als auch auf einigen nationalliberalen und freisinnigen Hochrufen ihre siegreiche Fahne aufpflanzen wird.

Bis zum Wahltag wird Singer noch in Breslau, Zeitz, Raumburg, Halle und Halberstadt sprechen.

Siehe, 6. Juni. Gestern Abend sprach hier Dieblknecht in dem überfüllten Leib'schen Saale über die Neuwahlen. Die Versammlung nahm den Vortrag mit begeistertem Beifall auf — und trotz der scharfen Angriffe, die ihnen zu Theil wurden, wagten die Vertreter der gegnerischen Partei nicht das Wort zu ergreifen. Die Antisemiten, die in dem hiesigen Wahlkreise, wenn auch nicht in unserer Stadt, bisher ihre Hochburg hatten, verhielten sich mäuseähnlich, und Herr Wedel, der ausdrücklich eingeladen war, glänzte durch Abwesenheit. Nach allgemeinem Urtheil geht es mit dieser Wadapartei in unserem Wahlkreise, wie wohl auch anderswo, entschieden abwärts.

Ueber das Centrum schreibt der Kandidat für Reihheim, Dr. Sigl, in einer Erklärung an seine Wähler:

„Seit dem Ende des Kulturkampfes, seit es die gewiesenen Wege einer Volkspartei verlassen, seit es nach oben schießt und liebäugelt, ging es abwärts mit dem Centrum, hat es kein Glück mehr, weder in seiner Politik, noch in seiner Führung. Was es bei den Wahlen dem Volke versprochen, und was das Volk mit Recht von ihm erwarten durfte, davon hat es nichts gehalten: nicht gemindert hat es die Lasten des Volkes, sondern stets erhöht; nicht beschränkt hat es den Militarismus, sondern gekräftigt und vermehrt; 1887, nach den Neuwahlen, enthielt sich das Centrum der Abstimmung über die neue Militärvorlage (Septennat), gegen die es vor den Neuwahlen die heftigste Opposition gemacht hatte; 1890 stimmte es der neuen Armeevermehrung zu und hieß alle Marineforderungen zu, soweit sie Annahme fanden; es stimmte für den Zoll auf Petroleum wie auf Kaffee, für die Indusstener, für die Branntweinsteuer inklusive der Millionen-Liebesgabe für die Brenner, für die Vierteler u. s. w.; die indirekten Steuern, welche die notwendigen Lebensmittel so sehr vertheuern, wurden vom Centrum fast ohne Widerspruch in gewöhnlicher Höhe bewilligt.“ Mehr und rücksichtsloser noch als f. z. die Nationalliberalen mußte das Centrum es fertig zu bringen und mit sich — und der Regierung — zu „vereinbaren“, sich über alle dem Volke gemachten Versprechungen hinwegzusetzen, dafür aber die eigenen, persönlichen und Partei-Interessen zu verfolgen und sich wohl zu fühlen im freiwilligen Lakaidienste. Dazu aber war das Centrum vom Volke nicht gewählt worden, den eigenen Interessen und Vortheilen das Wohl des Volkes zu opfern. Kann, darf man zu einer solchen, allzeit vorübergehenden Partei und ihren Vertrauensmännern und Gewählten noch Vertrauen haben, von denen man gewärtig sein muß, bei nächster Gelegenheit wieder betrogen und verrathen zu werden?“

Sigl's Aufnahme im Wahlkreis Reihheim war eine wahrhaft begeisterte. Die Sonntag-Nachmittag-Wählerversammlung in Rottenburg, von 2500 Theilnehmern besucht, nahm einen glänzenden Verlauf. Sigl's Wahl ist zweifellos gesichert.

Was die Militärvorlage dem Bauer kostet! Mit den wenigen Mark mehr, die für die Heeresvermehrung auf den Kopf der Bevölkerung fallen würden, ist die Sache nicht abgethan, es kommt auch noch die sogen. Blutsteuer in Betracht, die schweren Opfer, welche die Dienstzeit dem Eingezogenen und seiner Familie auferlegt. Dieser Tag machte ein Landwirth eine Aufstellung, was einem kleinen Bauern ein Sohn in der Uniform bedeutet: Lohn eines Knechtes 180 M., Kost desselben 210 M., Zugabe zum Lohne 20 M., baar dem Sohne 20 M., zusammen 490 M. Zieht

man sogar die Kost nicht in Betracht, weil ja der Sohn in der Kaserne belästigt wird, so bleiben noch immer 250—300 M. Diese Rechnung mag nicht in allen Fällen stimmen, aber sie stimmt, wie die „Volks-Zeitung“ mit Recht bemerkt, in vielen, und es giebt viele Leute, welchen diese oft vergessene vierte Steuer weit mehr Kopfschmerzen bereitet, als die drei anderen zusammen-

Ein rührsames Klagegedicht stimmt die „Freisinnige Zeitung“ in einem Leitartikel: „Freisinnige Volkspartei“ oder Sozialdemokratie“ an, worin u. a. die faustliche Unwahrheit wieder ausgewärmt wird, daß unsere Partei in ihren Flugblättern „fast bis zur Unkenntlichkeit ihre eigenen Ziele ver-bälte“. Das ist nicht richtig. Wir agitiren offen, mit unserem Programm in der Hand, wir haben nichts zu verbergen, wie der bankrotte, in zwei Lager gesplittene Deutschfreisinn, der nicht einmal im linken Flügel sicher steht, fintelmal sich Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei nicht „binden“ wollen in Sachen der Militärvorlage. Herr Richter jammert also:

Das Volk will seinem Protest gegen diese Steigerung in den Wahlen einen scharfen und deutlichen Ausdruck geben. Dies giebt sich auch kund in zahllosen Zuschriften, welche uns aus den verschiedensten Kreisen zugegangen sind. Man verlangt in diesen Zuschriften aus Kreisen, in denen die freisinnige Partei bisher kaum dem Namen nach bekannt war, nach der Auffstellung eines Kandidaten der freisinnigen Volkspartei. Man verlangt eine solche Nominierung um so dringender, weil man andernfalls sich genöthigt sehe, zur Protesterhebung gegen die fortgesetzte Steigerung der Volkslasten den sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben. Diese Wendung kehrt fast gleichlautend in zahlreichen Zuschriften wieder. Die Verfasser sind dabei nichts weniger als Sozialdemokraten. Sie verwahren sich ausdrücklich gegen eine solche Voraussetzung. Gegenüber dieser Stimmung erscheint es auch als eine sehr zweifelshafte Taktik, zur Wiedereroberung bisher sozialdemokratischer Wahlkreise sich auf einen Gegenkandidaten zu einigen, der keine scharfe Stellung einnimmt gegenüber der jetzt wieder beabsichtigten Steigerung der Militär- und Steuerlasten. Selbst in Wahlkreisen, in denen Kandidaten der freisinnigen Vereinigung aufgestellt sind, ohne Gegenkandidaten der freisinnigen Volkspartei, erhebt man das Verlangen nach Aufstellung von Zahlkandidaten von unserer Seite, und wäre es auch nur um zu verhindern, daß Hunderte und Tausende von Wählern den Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Wie können dies lediglich den lokalen Führern oder Wahlkomitees anheimgeben. Die Scheidung der freisinnigen Partei in die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung ist vor sich gegangen ohne taktische Hintergedanken. Im Gegentheil. Man verheißte sich damals beiderseitig nicht, daß die Scheidung an sich die Wahlausichten für jeden Theil vermindern könne. Die Scheidung vollzog sich also infolge einer inneren Nothwendigkeit. Heutzutage aber kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß ohne diese Scheidung die Sozialdemokratische Erfolge würde errungen haben in bisher freisinnigen Wahlkreisen, welche jetzt in der Hauptsache ausgeschlossen oder zum mindesten sehr erschwert erscheinen. Den sozialdemokratischen Flugblättern ist durch die Scheidung gewissermaßen das Konzept verdorben worden, die Festigkeit und Widerstandskraft gegen die Steigerung der Militär- und Steuerlasten anzuzweifeln. Na, na! Das Konzept verrückt kein Wadelstrumpf und kein Richtercher unserer Flugblätter. Red. d. „V.“ Trotzdem wird die freisinnige Volkspartei vielfach nach links hin einen sehr schweren Stand haben. Die Organisation und Agitationsweise der sozialdemokratischen Partei ist seit 1890 außerordentlich vervollkommen worden. Die sozialdemokratische Partei kann in die Stichwahl gelangen in solchen Wahlkreisen, in denen man dies bisher kaum für möglich hielt. Je mehr die freisinnige Volkspartei in solchen Kreisen auch von rechts her bedrängt wird, desto mehr wird naturgemäß ihre Widerstandskraft nach links geschwächt. Auch jede von dritter oder vierter Seite dazwischen geschobene Zahlkandidatur erschwert in der Regel den Kampf und fördert die Aussichten der Sozialdemokratie, in die Stichwahl zu gelangen.“

Unsere Genossen sehen, wie die Dinge liegen. Vom Deutschfreisinn flüchtet sich die Wählermasse zur einzigen wahrhaft demokratischen Partei, zur Sozialdemokratie. Daß, Herr Richter, ist der wirkliche „Ruck nach links“.

Wie der Deutschfreisinn wackelt. In Sorau ist in einer Generalversammlung des „liberalen Wahlvereins“ der frühere Abgeordnete Kuno Jeschke wieder als Reichstags-Kandidat aufgestellt und ihm überlassen worden, ob und welcher der bestehenden freisinnigen Fraktionen er sich im Falle seiner Wahl anschließen wolle!!!

Aus Mülhausen i. E. wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 5. Juni gemeldet: Der Wahlausruf der Sozialdemokraten, der in Tausenden von Exemplaren hier geflohen zur Vertheilung gelangte, ist auf grund der §§ 131 und 95 des Strafgesetzbuches beschlagnahmt worden. Der „Grenzpost“ bedauert dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft und meint, dadurch würde der sozialistischen Sache eher genügt als geschadet, da die Sozialisten zu Märtyrern gestempelt würden. Wer den Charakter der Ober-Gisäffer kennt, muß dieser Ansicht beistimmen. So ruhig und friebliebend sie sind, jeder Einspruch reizt sie zum Widerstande und dann heißt es: „Nun gerade!“

Freisinnige Wahrheitsliebe. Herr Eugen Richter erbot sich über das jüngst von sozialdemokratischer Seite herausgegebene Schriftchen „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages“ und versucht, den Freisinn von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen. Wie er dabei mit der Wahrheit umspringt, dafür nur folgendes Beispiel. In der zitierten Schrift heißt es:

„Ein erheblicher Theil der Freisinnigen stimmte f. B. für die Kulturkampf-Gesetze, ebenso für das Sozialistengesetz, ein anderer Theil zog es vor, sich vor der Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu drücken. Es ist eine Partei, deren politische Grund-sätze hiesigen.“

Dazu bemerkt Herr Richter: „Die Behauptung, daß bei dem Sozialistengesetze ein Theil der Freisinnigen sich von der Abstimmung gedrückt habe, ist unwahr. Bei der betreffenden Abstimmung über das Sozialistengesetz im Frühjahr 1884 fehlten unter den 100 Mitgliedern der freisinnigen Partei 2 Mitglieder als krank, 3 als beurlaubt, 4 als entschuldig und 4 als unentschuldig. Unter den letzteren war ein Mitglied schon seit Monaten krank und ein anderes mit einem Konser-vativen abgepaart. Niemals haben die Sozialisten mit der Auf-führung von Namen aus der Zahl von Fehlenden auch nur den Versuch gemacht, den obigen allgemeinen Vorwurf gesittlicher Abwesenheit bestimmten Personen gegenüber wahr zu halten.“ Der wahrheitsliebende Herr Richter klammert sich einmal wieder zur Rettung der Partei-Ehre an Nebenächlichkeiten an, um die

Hauptfache zu verdunkeln. Von den vier Unentschuldigbaren kann ohne weiteres behauptet werden, daß sie sich gedrückt haben. Aber auch die Entschuldigten sind durch ihre Entschuldigung nicht entlastet. Wer sich drücken will, der findet leicht einen Grund, auf welchen hin er sein Fehlen motiviert. Wenn Herr Richter behauptet, daß die Namen der Drücker noch nicht genannt seien, so wollen wir sein Gedächtnis etwas auffrischen. Abgesehen von den notorisch Kranken und vorher Beurteilten fehlten bei der entscheidenden Abstimmung am 10. Mai 1884 die Freisinnigen Behrend, Hampf, Gempel, Karsten, Koch, Langhoff, Richter-Hamburg, Schröder-Friedberg und Sello. Das Schmächtige am Verhalten des Freisinnigen bei der damaligen Situation war aber nicht allein diese Drücker, sondern daß sechs und zwanzig jener „Freiheitsmänner“ für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt haben. Da Herr Richter das ganz mit Schweigen übergeht, er weiß wohl warum, wollen wir auch hier seinem Gedächtnis etwas nachhelfen. Die freisinnigen Jäger, welche ihre Zustimmung dazu gaben, daß eine große Partei noch ferner unter dem Nebel des Ausnahmegesetzes gehalten werde, waren Weiser, Ebertz, Fährmann, v. Forderndorf, Fries, Goldschmidt, Oriening, Hammer, Dorow, Jögel, Kochmann, Eise, Maager, Alexander Meyer, Rommsen, Panse, Pfäfer, v. Schirmer, Schlutow, Schröder, Strauß, Thilenius, Wambler, Westphal, Dr. Witte und Wölkel. Von den Genannten gehörten die mit einem * bezeichneten auch noch dem letzten Reichstage an. Der Abkommandierungsbrief ist im Austrage G. Richters von seinem allezeit getreuen Schildknappen Otto Herms geschrieven worden.

Aus Bayern. Der letzte Sonntag gab, wie die „Frankische Tagespost“ meldet, der Nürnberg Sozialdemokratie wieder Gelegenheit zur Agitation in den Wahlkreisen Frankens und der Oberpfalz. In den Wahlkreis Neumarkt i. O. verfügten sich zahlreiche Radfahrer, um Flugblätter und Stimmzettel zu verteilen. Im Wahlkreise Weidenburg-Schleibitz sprach Großberger in einer reich besuchten Versammlung zu Solmsen, in Wassertrüdingen (Wahlkreis Dinkelsbühl), Dehne, in Oberlangensfeld und Schwirbich Scherm und Klotz in Stadtfeld (Kronach-Lichtenfels). Der Kandidat für Forchheim-Kulmbach, Wiener, hielt Versammlungen in Eggolsheim, Forchheim, Gagenbach bei Presfeld und Burel. Oertel sprach in Wüchsenbach und Herzogenaurach, in welcher letzteren Orte er ein Renkontre mit dem Pfarrer hatte. Tod in Schlüsselfeld (Wambler Kreis). Gehring reiste in Brückenau (Neustadt a. d. Saale), wo zum ersten Male ein Sozialdemokrat auftrat. Fraul sprach am Sonnabend in Wehringerdors, Grillenberg am Sonnabend in Schönging, am Sonntag in einer aus mindestens 10 Ortschaften besuchten, geradezu überfüllten Versammlung in Leinburg, im Kreise Ansbach-Schwabach Peltz in Georgensgand und Roth und Rausch in Roth und Unterreichenbach. In den Kreisen Hof, Bayreuth, Rothenburg-Neustadt und der Oberpfalz wurden gleichfalls Versammlungen abgehalten.

Sämtliche Münchener Vertrauensmänner unserer Partei haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Der kommende Wahltag soll zum Arbeitstrettag erklärt werden. Die Arbeiter aller Branchen werden aufgefordert, diesen im allgemeinen Interesse liegenden Beschluß zu dem ihrigen zu machen und die zur tatsächlichen Durchführung desselben notwendigen Vorbereitungen schleunigst und mit Eifer ins Werk zu setzen, insbesondere auch den Unternehmern der Werke den Wunsch der Arbeiter durch Unterschriftsammlung zu übermitteln.“

In Deggendorf (Niederbayern) kandidirt, wie schon gemeldet, der katholische Sozialpolitiker Dr. Kahinger, ein resignierter Pfarrer, gegen den offiziellen Zentrumskandidaten, Pfarrer Leonhard. Voranschichtlich wird Kahinger siegen. In seiner Kandidatenrede sagte er u. a.: Der Militarismus sei der Vernichter des Volkswohlstandes, der Volksfreiheit, drehe das Volk innerlich, fördere den Proletariatismus und führe damit zur Entfremdung und zur kriegerischen Niederlage eines Landes. Die Völker seien nicht dazu da, um ein Dämonenhäuser für Generale und große Staatsmänner zu sein. Redner fordert Abrüstung, Frieden und Völkerverbrüderung. Es sei eine Veräumnis, daß die Fraktionen das nicht unausgesprochen verlangen, ja statt dessen den Chauvinismus bei uns einbürgern helfen.

Ueber die Reichstagswahl-Ansichten in Breslau urtheilt ein offenbar sehr gutunterrichteter schlesischer Vertreter der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung“: „In den beiden Wahlkreisen der Stadt Breslau stellen Sozialisten, Kartellpartei, Freisinnige Richterscher Richtung, Zentrum und Deutsch-Sozial eigene Kandidaten auf. Die Auswahl der Kandidaten wird jedenfalls, abgesehen von der günstig gemählten Kandidatur des Abg. Mehnert, welche indessen immerhin nur eine Zählkandidatur sein wird, zumal dieselbe nicht einmal von dem gesammten Handwerkerstande, sowie von dem Verein zum Schutze des Handels und Gewerbes genügend unterstützt wird, den Sozialisten den Sieg erleichtern, da weder die Kandidaten der Kartellpartei noch die der Deutsch-Freisinnigen sich besonderer Sympathien unter der Bürgerschaft erfreuen.“

Gegen die Militärvorlage hatte von der Kanzel der liberalen Protestantenvereiner Pfarrer Schwab in Bremen gepredigt. Am letzten Sonntage sagte er: Pater prociavi und verlas eine Erklärung, worin er sagte: „Er halte sich als protestantischer Prediger allerdings berechtigt, über politische Fragen, soweit sie auf die Moral oder Religion bezug hätten, auch von der Kanzel herab zu sprechen. Aber andererseits müßten die richtigen Grenzen innegehalten werden, damit man nicht sagen könne, der Geistliche treibe Wahlagitation oder beleidige politische Andersdenkende. Diese leicht inne zu haltenden Grenzen habe er, wie er einsehe, in seiner vor vierzehn Tagen gehaltenen Predigt überschritten und darüber spreche er sein Bedauern aus, indem er die Bitte hinzufüge, ihm sein Verhalten zu vergeben.“

Mit fremden Federn schmückt sich das Wahlkomitee der freisinnigen Volkspartei für den elsässischen Wahlkreis Zabern. In einem von diesem herausgegebenen Flugblatt, betitelt „An die Wähler des 11. elsäss-lothringischen Wahlkreises“, verlegt von G. Cost in Zabern, heißt es: „Wer herrscht in Deutschlands Parlament, das Volk oder ein Häuflein bezogener Leute, die ihre Sonderinteressen als Staatszweck betrachten? Soll Deutschland eine einzige große Kaserne werden, mit Arbeitshaus und Ruchthaus daneben, oder soll es ein Kulturstaat sein? Soll der Militärstaat den Intelligenzstand verschlingen? Ist das allgemeine Wahlrecht das Grundrecht des Reiches oder nur eine verlogene Umhüllung der Pöbelhaube? Mit einem Wort: Ist das deutsche Volk mündig oder nicht? Diese Sätze sind abgeschrieben aus dem Leitartikel, der in der Nr. 110 des „Vorwärts“ vom 11. Mai veröffentlicht ist!“

Aus Planitz bei Jwidau wird dem „Sächs. Volksblatt“ geschrieben: Die Vergleiche auf den von Arnim'schen Werken sind gesponnen, wie es am Wahltag, den 15. Juni, mit der Schlichtheit gehalten werden wird. Bekanntlich sind dies die einzigen Werte im Kohlenrevier, auf welchen noch zwölftändige (1) Schichten verfahren werden. Würde man am Wahltag davon auch keine Ausnahme machen, so würden mehrere hundert Arbeiter ihr Wahlrecht nicht ausüben können. Bei der letzten Landtagswahl ward es so gehandhabt, daß sich ein jeder, der wählen gehen wollte und infolge dessen auszufahren wünschte, melden mußte. Durch vor Maßregelung hält alsdann viele davon ab, sich zu melden.

Aus dem Kreise Wittenberg-Schweinig. Am 31. Mai, unternahm der Reichstagskandidat unserer Partei, Buchdrucker Raffini, eine Agitationstour in unseren Kreis, die nicht ganz ohne Hindernisse verlaufen sollte. Da uns in diesem Kreise bis jetzt nur zwei Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, so blieb Raffini weiter nichts übrig, als die Versammlungen der Gegner zu besuchen. Am 31. Mai Mittags 12 Uhr fand eine solche des konservativen Vereins für Herzberg und Umgegend statt, in der der Kandidat der konservativen Partei, Herr v. Leipzig, sein Programm in etwa einer halben Stunde vom Blatt las. Es war gerade Jahrmart. Alle Ortsbürger, Bauern, Geistliche u. s. w. aus der Umgegend hatten sich eingefunden. Die Versammlung selbst fand in einem Gartenlokal statt. Freibier stülte die durstigen Bauernleuten. Als Herr v. Leipzig unter allgemeinen Schweigen seine Vorlesung beendet, meldete sich unser Kandidat zum Wort. Nachdem der Vorsitzende, Herr Amtsrichter Schmidt, mit einem gewissen Nachdruck seinen Namen verkündete und ihm das Wort erteilte, war auch schon das Zeichen zur Schlacht von den Geistlichen gegeben. Und im Nu ertönten die Kluse: Schweigt den Kerl raus! Hin aus mit ihm! Wir wollen keinen Vaterlandsverräther hören! Und wie dumpfes Gebrüll aus einem Kuhstalle, löste es von allen Seiten des Gartens. Kluse wurden auf die Tische geschlagen und mit den Fäusten drohte man. Raffini ließ sich aber nicht aus der Ruhe bringen. Er erludete nur Herrn von Leipzig, er möge sein gewichtiges Wort zur Verurteilung der Störenfriede in die Wagtschale werfen; dazu hatte aber der edle Sproß des deutschen Bauernbundes keine Veranlassung. Mitih blieb unserem Kandidaten weiter nichts übrig, als unter dem Schutze einiger Andersdenkender das „liebliche Jodel“ zu verlassen. Bis in den späten Abend hinein gab es aber in den Lokalen eifrige Debatten über das Mundtodtmachen. Schaden haben wir davon nicht gehabt. Am 3. Juni sprach Raffini in Klein-Wittenberg über die bevorstehende Reichstagswahl. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der über tausend Personen fassende Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß Hunderte stehen mußten. (Am Tage vorher hatte in Wittenberg eine freisinnige Wählerversammlung stattgefunden, die von ganzen 250 Personen besucht war.) Raffini legte, oft von Beifall unterbrochen, der am Ende seiner Rede sich zu stürmischer Zustimmung steigerte, die Ursachen der Auflösung des Deutschen Reichstags dar. Die beiden gegnerischen Kandidaten, der konservative Herr v. Leipzig und der freisinnige Dr. Dohrn, waren zu der Versammlung, trotzdem sie auf den an den Säulen angehefteten Plakaten dazu eingeladen waren, nicht erschienen. Der Erfolg der Versammlung war für uns ein unerwartet großer. Am 4. Juni hielt Raffini in Zabna eine Versammlung ab. Dar in Klein-Wittenberg stattgehabte ausnahmsweise von Bourgeois, Bürgern und Arbeitern besucht, so war die in Zabna nur aus Ackerbauern, Bauern und Handwerker zusammengesetzt. Das Lokal war auch hier überfüllt, so daß viele im Hofe auf Tischen und Stühlen standen und zu den Saalfenstern hineinschaute. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Referenten mit großem Interesse und die Bauern stimmten durch Kopfnicken und lautes „So ist's recht!“ seinen Ausführungen bei. Auch hier war volste Redefreiheit, aber obgleich der Pfarrer, der Doktor, der Apotheker anwesend waren, so hielten sie es doch für das Beste, ihre „Gedanken“ in Schweigen zu hüllen. Leider stehen uns vorläufig keine Säle mehr zur Verfügung. Die Angst der Wirthe vor den — Behörden ist zu groß.

Lieber, der Reise-Engel des Zentrums, kennzeichnete in einer Wahlrede zu Reuß die Zentrumsstaktik, die Scheinopposition des Zentrums, das nur um einen möglichst hohen Kaufpreis mit der Regierung feilscht, recht offenkundig so: „Wir alten Zentrumsleute sind freilich schon damit zufrieden, die Bullenbeißer zu machen, weil wir uns bewusst sind, daß man oben keine Küsse mit uns austauschen wird, wenn wir unten nicht die Waden bedrohen.“

Vollständiger Anzug in Kriegervereinen. Der „Rheinheffische Beobachter“ veröffentlicht folgendes Schreiben, welches der „Patriotische Verein“ des Lotteriekollektors G. Enneccerus in Frankfurt a. M. an den Gewächsmann des „Rheinheffischen Beobachters“ gesandt hat: „Patriotischer Verein Frankfurt a. M., 30. 5. 98, Frankfurt a. M.“

Herrn in
Im Austrage des Herrn Oberlieutenant Enneccerus erlaube ich mir die Anfrage, ob es Ihnen nicht möglich wäre den Kriegerverein in . . . etwas für die Wahlen auszumitteln. An den Vorsitzenden des Kriegervereins dorthelbst ist die Bitte gerichtet worden, für die Sache thätig zu sein.

v. Reiblich,
Premierlieutenant a. D.

Der Oberste der Quenelinge, Quene, ist ein fürsichtiger Herr. Er erklärt: „Nachdem ich in meiner Erklärung vom 28. Mai d. J. die Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, überhaupt wieder ein Mandat anzunehmen, ist mir aus mehreren Kreisen die Mitteilung über meine Aufstellung zugegangen, zugleich mit dem Wunsche, ich möchte die Annahme der Wahl erklären. Die ganz besonderen Verhältnisse, welche bei der diesmaligen Wahl vorliegen, geben für keinen der Wahlkreise die sichere Gewähr des Erfolges, wenn ich auch überezeugt bin, daß das Interesse an der Sache in jedem einzelnen Kreise die Freunde meiner Wahl zu energischer Thätigkeit anregen wird. Unter diesen Umständen bitte ich, es geredfertig zu finden, wenn ich für den einzelnen Wahlkreis in diesem Augenblick keine Erklärung abgebe, sondern das Ergebnis abwarte. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auch dem Wahlkomitee des Zentrums im bisherigen Wahlkreise Breslau (Land) Neumarkt meinen herzlichsten Dank für die erfolgte Anregung meiner Wahl in demselben auszusprechen.“ — Saure Trauben!

Graf Loß, der ein Queneling werden wollte, ist von seiner Kandidatur in Cleve zurückgetreten. Jetzt wird also ein offizieller Zentrumsmandat kandidiren.

Jedenfalls recht naiv aus der Schule geplaudert hat der Direktor des Wittener Gymnasiums, ein Herr Dr. Grosse. Er soll, wie man uns schreibt, in der am Sonnabend Nachmittag in Prißwalk abgehaltenen konservativen Versammlung gesagt haben: „Die Gefahr eines Krieges nach außen ist nicht so groß, wie die eines solchen nach innen, denn beachten Sie doch das tiefe Anwachsen der Sozialdemokratie; fast in sämtlichen Wahlkreisen haben sie Kandidaten aufgestellt, hoffentlich wird ihnen der Sieg nicht gelingen. Aber um einen Sieg gegen die Sozialdemokratie zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, mit allen möglichen Mitteln gegen sie vorzugehen. Um aber bei einem etwaigen Siege der Sozialdemokratie diese im Zaume halten zu können, müssen wir die neue Militärvorlage durchbringen.“

Neues hat uns der Herr Gymnasialdirektor damit nicht gesagt. Die organisierte Arbeiterschaft hat den „Patriotismus“ der Konservativen noch immer richtig taxirt. Das eigene Volk niedergeschlagen zu sehen, wenn es freie Zustände verlangt, ist ein alter Leidenswunsch der Herren von und wohn und ihrer servilen bürgerlichen Anhängel, die sich als Stützen von Thron und Altar gebürden. Die Herren Konservativen hatten aber in der Regel nicht einmal die Lourage, bei der Abschichtung des Volkes gegenwärtig zu sein. Dazu war ihnen ihre theure Haut viel zu lieb. Der Herr Gymnasialdirektor gehört gewiß zu demselben Heidenschlage, denn wer sich gegen eine geistige Bewegung wie den Sozialismus nicht anders als durch Bajonette, Säbel

und Kartätschen helfen zu können vermeint, der kann wirklichen Muth nicht besitzen.

Die Zahl der Wahlkreise, in denen nach Vereinbarung unter den Parteien die Stimmzettel aus gleichem Papier und in gleichem Format für alle Kandidaten hergestellt werden sollen, um Wahlbeeinflussungen zu verhindern, steigt. Bezügliche Vereinbarungen sind, soweit bekannt, bisher getroffen in München I und II, in Duisburg, Altena-Nerlohn, Glogau, Orlitz-Lauban, Dufum-Löndern, Spandau, Mainz.

Gleichartige Herstellung der Stimmzettel haben auf Vorschlag unserer Partei auch die gegnerischen Parteien Glogau's beschlossen.

Bürgerliche Kandidaturen, Hagen: Stödel (Z.) Ostryegniß; Gutsbecker von Dalwitz (R.), Bauerngutbesitzer Koch (Deutschfries.). Stolp-Lauenburg: Hofbesitzer Will (R.). 3. oldenburgischer Wahlkreis: Bennigsen (R.). Warburg-Höxter: Freiherr v. Landsberg (Schorlemerscher), Freiburg i. Br.: Warbe (Z.), Dr. Frommberg (Deutschfries.), Liebermann von Sonnenberg (R.), Kartell der R. und A. Kammin v. Graffenberg; Jordan (R.). Olesko - Syd - Johannisberg; Regierungspräsident Steinmann (R.), Segdel, Ehelchen, Kandidat der „gemäßigten Parteien“. Saarburg-Ortelburg: Rechtsanwalt Grützfeld (Deutschfries.), Graf Mirbach (R.). Neustettin: Stöcker. Verburg: Aboofat und Dichterling Greling (Z.).

Leipzig, 7. Juni. Der Vorstand des Bundes der Landwirthe sagt sich öffentlich von dem Kandidaten der Konservativen und Nationalliberalen, Dr. Hans Blum, los und fordert zur Unterstützung des Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg auf. Armer Hans!

Parteinachrichten.

Parteigenossen, welche gewillt sind, den Wahlkreis Zauch-Beitzig-Fäterdohlg-Ludenwalde mit zu erobern, bitten wir, Sonntag, den 11. Juni, fleißig bei der Verteilung des letzten Flugblattes und der Stimmzettel mit einzutreten.

Meldungen an Eugen Barisch, Ludenwalde, Dahme-straße 13.

Die „Kreuz-Zeitung“ lächelt bereits nach einem Trost, der ihr über die Unannehmlichkeit der vorausichtlich bedeutenden Verstärkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hinweghelfen könnte. Sie findet ihn darin, daß sich die Sozialdemokratie aus einer „ehemaligen Revolutionspartei“ in eine „kleinbürgerliche demokratische Partei“ verwandelt habe. Im Munde der „Kreuz-Zeitung“, die sonst die Sozialdemokratie nicht schwarz genug zu schildern weiß, nimmt sich diese geistlose Behauptung noch um eiliches komischer aus als selbst bei den „Unabhängigen“, auf deren „revolutionäre Thaten“ die Welt heute noch wartet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Engel in Neustadt O. S. verurtheilte die dortige Strafkammer den jetzt in Orlitz wohnenden Genossen A. Schöbel zu 100 M. Geld- oder 20 Tagen Haftstrafe.

— Eine satirische Sonntagsplauderei, die scharf gegen die Servilität zu Felde zog, die sich anlässlich der Geburt eines sächsischen Prinzen in der sächsischen und namentlich der Dresdener Ordnungspresse breit machte, trug bekanntlich dem damals verantwortlichen Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“ Genossen Wegler eine Haftstrafe von einem Monat wegen „Verübung groben Unfugs“ ein. Die dagegen eingelegte Berufung wurde am Sonnabend von der 2. Strafkammer des Landgerichts in geheimer Sitzung verworfen. Das Urtheil der zweiten Instanz führte aus, daß man in einem monarchisch-christlichen Staate lebe und daß die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit, die die „monarchisch-christliche“ Bevölkerung dieses Staates gegen ihr „angefammetes Fürstenhaus“ befeelen, geschützt werden müßten gegen solche Verleugung, wie der inkriminierte Artikel sie die.

— Wegen Beleidigung des Stadtrates Bürgermeisters Reinhardt wurde der frühere Redakteur der in Solingen erscheinenden „Vergessenen Arbeiterstimme“, Theodor Duth in Köln, vom Oberfelder Landgericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um den Abdruck eines Artikels, worin die bekannten Schreiben wiedergegeben und kritisiert waren, in denen Reinhardt den Fabrikanten u. a. 278 Arbeiter als Teilnehmer an sozialdemokratischen Versammlungen etc. bezeichnet hatte. Das Gericht billigte die Handlungsweise des Bürgermeisters nicht. Es erkannte, wie die „Freie Presse“ berichtet, „daß der Bürgermeister allerdings nicht ganz innerhalb der Schranken seiner Dienstobliegenheiten geblieben zu sein scheint und daß der Angeklagte unbedingt demgegenüber in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Allein es sei doch in manchen Aeußerungen des Artikels formelle Beleidigung und die Absicht einer solchen unverkennbar, jedoch auch hierbei ohne nicht unbeachtet bleiben, daß der Angeklagte sich durch die Handlungsweise des Bürgermeisters in hohem Grade gereizt und verletzt gefunden habe, daher sei die Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M. eine ausreichende Sühne. Außerdem wurde dem Bürgermeister die Publikationsbefugniß des Urtheils zugesprochen.“

Lokales.

Die Liste des dritten Reichstags-Wahlkreises weist in diesem Jahre 1532 Wähler weniger als 1890 auf. Dieser Hinweis dürfte genügen, unsere Genossen zu veranlassen, ihre ganze Kraft schon beim ersten Wahlgang in Anwendung zu bringen und Indifferente anzufeuern. Auch nicht ein Wähler darf fehlen. Die Ursache der Verringerung der Wählerzahl ist darin zu suchen, daß die Bevölkerung sich immer mehr nach der Peripherie hinzieht und die Verbreiterung und der Ausbau der Straßen in den alten Stadttheilen des Zentrums die Zahl der Wohnungen vermindert.

Die hier in Berlin arbeitenden und im Landsberg-Goldiner Wahlkreis wohnenden Parteigenossen werden ersucht, sich diesen Sonntag an der Verbreitung von Stimmzetteln und Flugblättern in ihren Wohnorten zu betheiligen. Material ist von H. Stolp, Soldin, und G. Regimann, Landsberg an der Warthe, Küstrinerstraße 30/31, zu beziehen.

Die Genossen von Weisensee werden ersucht, sich möglichst vollständig in der am Freitag, den 9. d. M., Abends 8 Uhr, im Aktiven Lokale, Berlinerstraße, von Seiten der Freisinnigen einberufenen Versammlung einzufinden. Gleichzeitig richten wir an die Berliner Genossen, welche gewillt sind, uns bei der Verteilung des letzten Flugblattes beizustehen, die Bitte, am Sonntag früh 6 1/2 Uhr bei Oeffen-Müller, Königs-Chaussee 38, sich einzufinden zu wollen. Abmarsch punkt 7 Uhr.

Fast hemisphärisch müßten wir unsere Gegner um ihren wahrhaft erschrecklichen Mangel an Munition im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Jetzt muß sogar die längst abgethan gewählte Ente des großen Massenanzugs der Sozialdemokratie von einem Wahlkreis in den andern herhalten. Und das

geschieht in der Stadt der Intelligenz, wo Eugen Richter seine heutige „Freisinnige“ allen Ernstes mit der Nachricht maltätigt, daß unmittelbar vor der Auflösung der Wählerlisten der Zug von sozialdemokratischen Schlußstelleninhabern in den zweiten Berliner Wahlkreis sehr groß gewesen ist. Wie erbärmlich muß da erst in der kleinen Provinzpresse „gedämpft“ werden!

Die „Neue Zeit“, das Organ des freisinnigen Herrn Isaac in Charlottenburg, bringt folgende Notiz:

„Das Recht der freien Meinungsäußerung“ steht bekanntlich bei den Sozialdemokraten nur auf dem Papier; denn in der Praxis treibt niemand eine schändlichere Vergewaltigungspolitik als die Sozialisten, die den politischen Gegner in Verammlungen niederbrüllen oder gar bedrohen. Auch „unter sich“ zeigen die Herren eine Intoleranz, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Ein „Unabhängiger“, der Zöpferstein, hat dies zu seinem Leidwesen erfahren müssen. Er arbeitete auf einem Neubau in der Goethestraße und hatte jedenfalls dort in seinen Gesprächen mit Kollegen seine politische Einstellung verraten. Einige „Offizielle“ waren über den „Unabhängigen“ empört, sprachen davon, daß sie ihm sein Verhalten schon „ankreihen“ würden und überfielen ihn in der Leibkutschke, so daß sich Stein, der erhebliche Verletzungen erlitten hat, in das Lokal flüchten mußte. Den Urhebern des rohen Exzesses wird hoffentlich eine exemplarische Strafe zudiktirt werden.“

„Echt freisinnig“ ist hier ein einfacher gewerkschaftlicher Konflikt von dem Organ des Herrn Isaac zu einer politischen Meinungsäußerung gequält worden. Das Zerwürfniß zwischen Herrn Stein und seinen Kollegen bestand darin, daß er dem allgemeinen Beschluß der Zöpfer, welcher die Arbeitszeit von 7 1/2 Uhr Morgens bis 6 Uhr Nachmittags festsetzte, zuwider handelte und noch nach 6 Uhr arbeitete. Hierüber kam es zu Auseinandersetzungen.

Die gemischte Deputation für die Einverleibung der Vororte in den Stadtbezirk Berlin hielt am Dienstag Abend unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters seine Sitzung ab, um die Vorschläge ihrer Subkommission in Beratung zu ziehen. Nach den Vorschlägen dieser Subkommission sollen einverleibt werden: der südliche Teil von Pantow und Heinersdorf, beide Weisensee, der größere Teil von Hohen-Schönhausen, ganz Lichtenberg und der im Gemeindebezirk Friedrichsfelde belegene Berliner Zentral-Begräbnisplatz; ferner ganz Stralau und Nummelsburg und ein Teil der Wuhlhaide von der südlichsten Spitze der Gemeinde Nummelsburg bis zu dem an der Spree gelegenen Wilhelmshof. Von da ab bildet die Spree die Grenze bis zu dem Gemeindebezirk Treptow, welcher ebenso wie Hitzdorf und die Hasenheide ganz in die Einverleibung hineingezogen werden soll. Außerhalb der neuen Weichbildgrenze sollen dagegen bleiben Tempelhof und fast ganz Schöneberg, überhaupt sollen nach dem Südwesten und Westen hin nur ganz unbedeutende Gebietsveränderungen stattfinden, der 18. Polizeibezirk von Charlottenburg soll in den Verband von Berlin aufgenommen werden. Die nördliche Grenze gegen Reinickendorf soll ganz unverändert bleiben. Man geht von dem Bestreben, als Grenze von Nordost und Südost die Wasserstraße zu bestimmen. Die Deputation hat beschlossen, die Beschlüsse der Subkommission in bezug auf das ganze linke Spree-Ufer zu genehmigen, also die Einverleibung von Treptow, Hitzdorf, Hasenheide, des 18. Polizeibezirks von Charlottenburg mit einem kleinen Teile von Schöneberg und Martinisfelde, dagegen auf dem rechten Spree-Ufer nur Stralau, Nummelsburg, Kolonie Friedrichsfelde, nicht dagegen Lichtenberg, Hohen-Schönhausen, Weisensee und Pantow, jedoch die jetzige Weichbildgrenze gegen Norden und Nordosten vollständig beizubehalten.

Dies ist das Hauptgetränk der Deutschen. Es ist ein unentbehrliches Genussmittel, welches unter Umständen selbst zu den Nahrungsmitteln gerechnet werden kann. Eine Vertheuerung des Bieres würde demnach eine Vertheuerung eines notwendigen Lebensbedürfnisses des Volkes darstellen. Die Statistik ergibt als Durchschnittsergebnis der letzten Jahre pro Kopf der Bevölkerung einen Bierverbrauch von 69 Liter pro Jahr. Da dieser Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung berechnet ist, so ergibt sich für den einzelnen Biertrinker, also in der Hauptsache für die männliche Bevölkerung, ein erhebliches Mehrquantum. Daraus ergibt sich wiederum, daß die von konservativer Seite als so unerheblich hingestellte Vertheuerung des Liter Bieres um einen halben Pfennig einen beachtenswerthen Betrag ergeben würde für den Einzelnen, mehr noch für einen Familienvater. Und daß hinwiederum an dem Bierkonsum die breiten Volksmassen theilhaftig sind, ergibt sich weiter aus den Ergebnissen der Statistik. Diefelbe weist nach, daß neben dem Bier auch ein Weinverbrauch von 12,2 Liter im Jahre pro Kopf der Bevölkerung besteht. Wer heut zu Tage Wein trinkt, weiß wohl ein jeder. Es sind die „oberen Zehntausend“. Das Märchen von den Steinträgern, die Champagner aus Weißbiergläsern tranken, spielt heute nicht mehr im Hirn des bornirtesten Philisters. In anbetrunder Minderzahl der Weintrinker ist der Weinkonsum immerhin bemerkenswerth. Wie mit dem Bier verhält es sich mit dem Branntwein. Nach statistischen Angaben entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein Durchschnittsverbrauch von 5,68 Liter pro Jahr. Diese Zahl erscheint an sich gering, gewinnt aber an Bedeutung im Vergleich zu den Verbrauchsziffern anderer Länder. So entfallen zum Beispiel in Frankreich 4,05 Liter, in Oesterreich 4 Liter, in Italien 1,85 Liter Branntwein-Konsum pro Jahr auf den Kopf der Bevölkerung. Das an dem Branntweinkonsum zum allergrößten Theile die arme Bevölkerung theilhaftig ist, steht außer Frage. Da wiederum der statistische Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung zu Grunde gelegt ist, so ergibt sich für den einzelnen Branntweintrinker ein erhebliches Mehrquantum an Verbrauch und im Falle einer Erhöhung der Branntweinsteuer eine erhebliche Mehrbelastung, mehr noch für den Familienvater. In Verbindung mit der geplanten Vertheuerung des Bieres würde dem armen Manne eine Mehrausgabe erwachsen, die denn doch nicht so harmlos ist, wie sie gestiftet von gewisser Seite hingestellt zu werden beliebt wird. Die breite Masse des Volkes hat daher alle Ursache, gegen eine weitere Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer, die im erheblichen Theile ihr zur Last fallen würde, energisch Protest zu erheben.

Ein gefährdender Brand entstand am Dienstag Abend um 1/2 Uhr in der chemischen Fabrik auf Aktien, vormals G. Schering, Müllerstr. 170-71. Das Haupt-Fabrikgebäude des lokalen Establishments wird durch ein großes ca. 60 Meter im Quadrat messendes vierstöckiges Haus gebildet, welches in sich selbst durch durchgehende Brandmauern vor etwaiger Gefahr geschützt ist. Um obengenannte Zeit war in dem nach der Verbindungsbahn zu im vierten Stockwerk belegenen Trockenraum, in welchem sich eine Anzahl Ballons mit Ammoniak, sowie ein großes Quantum Kampfer befand, in bis jetzt noch nicht aufgekärter Weise ein Brand entstanden, welcher durch die aus dem Ammoniak sich entwickelnde Gase reichliche Nahrung fand. Die sofort alarmirte Feuerwehr, welche in Verhinderung der großen Gefahr fast vollständig erschienen war, griff mit fünf Schlauchen in so energischer Weise ein, daß der eigentliche Brand bereits um 1/21 Uhr gedämpft war. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis 1 Uhr Nachts hin. Der Feuerschaden ist ein verhältnismäßig kleiner.

Eine vorsorgliche Selbstmörderin ist die 53 Jahre alte Ehefrau des Kassaboten Schauermann, Saarbrückerstr. 6. Sie lebte in der glücklichsten Ehe, glaubte aber, daß sie infolge andauernder Krankheit dem gemeinsamen Haushalte nur zum Nach-

theile dienen könne. Ehe sie am Montag Abend den Tod durch Erhängen auf dem Hausboden suchte, hatte sie die Wohnung auf das Beste geordnet; die Wäsche und Decke bestimmt, die sie in das Grab mitnehmen wollte und auf einem Zettel Verzeihung von ihrem Manne erbeten, wie auch den Ort angegeben, wo man ihre Leiche finden werde.

„Weil sie zu alt war“, hat sich die unverheiratete 22 Jahre alte Ida Zahn, die Schwarzloppstr. 8 bei einem Bankbeamten in Dienst stand, gestern Morgen um 7 Uhr erhängt. Tags zuvor hatte sie beim Rollen erklärt, daß sie sich zu alt fühle; ein Mädchen, das 22 Jahre alt geworden sei, brauche nicht mehr zu leben.

Marktpreise in Berlin am 6. Juni, nach Ermittlungen des königlichen Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,40—18,00 M., mittlerer von 15,90—15,80 M., geringer von 15,50—15,20 M., Roggen per 100 Kg. guter von 14,70 bis 14,50 M., mittlerer von 14,40—14,30 M., geringerer von 14,20 bis 14,00 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M., Hafer per 100 Kg. guter von 17,20—16,70 M., mittlerer von 16,80—16,20 M., geringer von 16,10 bis 15,70 M., Stroh, Nicht per 100 Kilogr. von 6,00—4,90 Mark. Heu per 100 Kilogr. von 7,40—5,40 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,00—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,50 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80—1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,20 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,00 M. Kalle von 3,00 bis 1,00 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 2,00—1,00 M. Barsche von 1,60—0,90 M. Schleie von 2,50—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—1,50 M.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Morgens wurde ein Mädchen auf dem Boden des Hauses Schwarzloppstr. 8 erhängt vorgefunden. — Auf dem Mariannenplatz. Ecke der Waldemarstraße, gerieth Nachmittags ein vierjähriges Mädchen unter die Räder eines Omnibusses und erlitt außer einem Bruch des Armes und des Unterleifers anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Bethanien erforderlich wurde. — In der Nacht zum 7. d. M. wurde auf dem Hofe des Grundstückes Tragonenstr. 15 ein Arbeiter mit einer bedeutenden Verletzung am Kopfe beunruhigt aufgefunden und nach der Charite gebracht. — Abends entstand in dem im zweiten Stock des Hauses Fennstr. 11/12 belegenen Trockenraum der chemischen Fabrik auf Aktien (vormals Schering) Feuer, das auch den Bodenraum und verschiedene dort lagernde Chemikalien ergriff. Bei den Löscharbeiten wurden drei Feuerwehrmänner leicht verletzt. Außerdem fanden im Laufe des Tages zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

In der Anklagesache gegen den Rechtsanwalt Dr. Genrich, welcher der Beamtendeckelung beschuldigt war, weil er in einer Beschwärtschrift an den Amtsgerichts-Präsidenten den Gerichtsschreiber St. der Unverschämtheit geziehen hatte, wurde gestern von der 180. Abteilung des Schöffengerichts das Urtheil gesprochen, nachdem bereits vor 8 Tagen die Verhandlung stattgefunden hatte. Das Gericht hielt die Grenzen der zulässigen Form für überschritten; wenn auch anerkannt werden müsse, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Die Strafe wurde auf 15 M. bemessen.

Unter der Beschwärtschrift 21 000 M. unterschlagen zu haben, erfolgte vor 15 Monaten die Verhaftung des Buchhalters Paul Heud, der hier die Filiale der „Hamburger Aktiengesellschaft für Automatenverkauf“ verwalte. Als die Veruntreuungen entdeckt wurden, ließ Heud sich herbei, vor einem Rechtsanwalt eine schriftliche Anerkennung seiner Schuld zu unterschreiben. Dies Geständniß hat er nach seiner Verhaftung widerrufen, hartnäckig seine Unschuld behauptet und durch Stellung neuer Beweisanträge es dahin gebracht, daß die Sache immer wieder vertagt wurde, bis sie endlich gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zum Abschluß gelangte. Der Angeklagte bestritt, daß er einen Pfennig veruntreut habe, der Fehlbetrag sei nur auf unordentliche Buchung und Nichtentragung verausgabter Posten zurückzuführen. Er habe sein Geständniß vor dem Rechtsanwalt auch nur in diesem Sinne aufgesagt wissen wollen. Er sei so mit Arbeit überhäuft gewesen, daß er sie nicht habe bewältigen können. Der Gerichtshof gelangte auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte ein höchst geriebener Betrüger sei und verurtheilte denselben zu drei Jahren Gefängniß und hundertjährigem Ehrverlust. Ein Jahr wurde durch die erlassene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht.

Im unechten Kognak handelte es sich in einer umfangreichen Verhandlung, welche gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Der Zigarettenhändler Feiser und der Großhandelskäufer J. Schwefel waren vom Schöffengerichte des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von je 500 M. verurtheilt worden. Sie hatten gegen das Erkenntniß Berufung eingelegt. Im Herbst 1891 veröffentlichte der Angeklagte Feiser eine Anzeige, daß er durch Gelegenheitskauf in den Besitz von 90 000 Flaschen Kognak gelangt sei. Die Waare kamme aus der Konkursmasse eines französischen Export-Hauses und sei das Dreifache werth. Dem Publikum wurden drei Sorten unter den Bezeichnungen „Alter Kognak“, „Feiner alter Kognak“ und „Cognac fino champagne“ für die Preise von 4 M. 50 Pf., bezw. 6 M. 50 Pf. und 9 M. 50 Pf. für je drei Flaschen angeboten. Die Behörde vermutete hinter dieser Anzeige einen Schwindel, sie ließ Proben der Waare holen und vom Gerichts-Chemiker Dr. Bischoff untersuchen. Dieser wiederholte im gefrigen Termine sein Gutachten dahin, daß die fragliche Waare mit dem französischen Kognak nichts gemein habe und den Namen „Kognak“ überhaupt nicht verdiene. Der von den Angeklagten verkaufte Kognak habe nur bis höchstens 84 pCt. Alkohol enthalten, während man als erste Bedingung für ein Getränk, welches als Kognak verkauft werde, voraussetzen müsse, daß es mindestens 40 pCt. Alkohol enthalte. Der zweite Sachverständige, der Inhaber der bekannten Wein-Großhandlung Siebenlist, Knothe u. Komp. begutachtete, daß es erst seit etwa anderthalb Jahren Gebrauch geworden sei, solche Waare, wie sie von den Angeklagten in Verkehr gebracht worden sei, als „Fagon-Kognak“ oder „Verchnitt-Kognak“ zu bezeichnen. Die Angeklagten behaupteten, daß eine Täuschung des Publikums weder bezweckt noch möglich sei, denn Jeder wisse, daß man für die angeführten Preise einen französischen Kognak gar nicht kaufen könne. Der Angeklagte Schw. der dem Mitangeklagten F. die Waare geliefert hatte, behauptete besonders, daß der Letztere keinen Zweifel darüber haben konnte, daß es sich nicht um französischen, sondern um deutschen Kognak handelte, denn die demselben zugehenden Rechnungen hätten am Kopfe den Vermerk „Deutsche Kognak-Export-Fabrik“ getragen. Beide Angeklagte betonten, daß die Käufer mit der Waare zufrieden gewesen seien, wie durch Nachbestellungen von Schankwirthten und Privatpersonen bewiesen werden könne. Während der Staatsanwalt die Verurteilung der Berufung be-

antragte, plaidirten die Vertheidiger, Rechtsanwälte Sachs und Bronker, für Freisprechung, da eine Täuschung nicht vorliege. Der Gerichtshof ließ es dahingestellt bleiben, ob die fragliche Waare als „Kognak“ bezeichnet werden könne, oder nicht. Die Täuschung sei schon durch den Inhalt der Annonce bewirkt. Diese sei von dem Angeklagten F. verfaßt und wenn der Angeklagte Schw. demselben eine Waare mit der Bezeichnung „Cognac fino champagne“ lieferte, obgleich er wußte, daß es ein Kunstprodukt war, so machte er sich der Täuschung mitschuldig. Die vom ersten Richter erkannte Strafe — je 500 M. und Verurteilung des Erkenntnisses im „Staats-Anzeiger“ und im „Berliner Tageblatt“ sei somit aufrecht zu halten.

Reichsgericht. Leipzig, 7. Juni. Vor dem vereinigten 2. und 8. Strafsenat des Reichsgerichts begannen heute im Schwurgerichtssaale des hiesigen Landgerichts die Verhandlungen in dem Hochverraths-Prozesse gegen 7 Anarchisten. Angeklagt sind der Bergmann Mathias Straßer aus Speising, der Handelsmann Heinrich Schürmann aus Mülheim, der Tischler und Orgelbauer Anton Schönberger aus Verden, der Bergmann Gerhard Lantus aus Federath, der Bergmann Michael Müller aus Oberbreisig, der Steinbauer Johann Müller aus Essen, der Bergmann Adalbert Holz aus Brodin. Die Vertheidigung haben die Rechtsanwälte Dr. Klöppel, Haber und Puhler übernommen. In den Verhandlungen sind 19 Zeugen und Sachverständige geladen. Auf Antrag des Oberstaatsanwaltes v. Tessenroth wurde für die ganze Dauer des Prozesses der Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen.

Soziale Uebersicht.

Achtung Metallarbeiter! Die Konferenz der Werkstatt-Vertrauensleute für den Norden findet am Sonnabend, den 10. Juni, im Herzog, Reinickendorferstr. 59, statt. Weiter geben wir bekannt, daß die Rechtschutz-Kommission regelmäßige Sitzungen nicht mehr abhält. Alle diesbezüglichen Anträge u. s. w. sind daher an den Obmann Kollegen W. Buchsch, Alte Jakobstraße 78 Hof rechts 4 Tr. oder an den Arbeitsnachweis, Wallstraße 7-8, zu richten. Im übrigen machen wir darauf aufmerksam, daß in einer großen Werkstatt sich gefahrdrohende Differenzen herausgebildet haben, die sehr leicht zu einer Katastrophe führen können. Wir erwarten angeichts dessen, daß jeder Kollege auf seinem Posten ist, damit der Verband gegebenen Falls seinen Verpflichtungen nachkommen kann.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand des Verbandes
aller in der Metallindustrie beschäftigten
Arbeiter Berlins und Umgegend.
Otto Raether, 1. Vorsitzender, N. Kullmerstraße 44.

Achtung, Handschuhmacher! Der Streik bei der Firma Dörfen u. Co. dauert unverändert fort. Bis auf drei Nichtmitglieder haben sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Streikenden sind fest entschlossen, nur dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn ihnen der alte Lohn wieder bewilligt worden ist; übrigens denken wir bei dem gegenwärtigen guten Geschäftsgang binnen acht Tagen sämtliche Ausständigen anderweitig untergebracht zu haben. Zu unterstützen sind nur noch die Verheirateten. Also, Kollegen, haltet fest zusammen!
J. A.: Robert Sternkopf.

Sämmtliche Handschuhmacher des Kaufmanns Liebenam in Brandenburg a. S. legen wegen einer Lohnminderungs die Arbeit nieder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Um unseren Mitgliedern die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, haben wir folgende Zahlstellen errichtet und zwar jeden Sonnabend von 8—10 Uhr im Centrum Stall-Schreiberstraße 29 bei Schöning, im Norden Gerichtsstr. 19 bei Buchr, im Süd-Osten Waldemarstr. 65 bei Tauchert.
Die Verwaltung.

Aus Pittsburg meldet die „Frankfurter Zeitung“ unterm 3. Juni: Alle gegen Feis und die anderen Angestellten der Carnegie Iron and Steel Company, sowie gegen die Pinkerton'schen Detektives erhobenen Anklagen wurden heute fallen gelassen. Andererseits wurden die verhafteten Streiker, die ihrer Anklage entgegenstehen, gegen eigene Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt. — Da ist wieder ein Akt netter Klassenjustiz im Werke.

Kapitalistische „Entbehrungslehre“. Die Adln-Roit-weller Pulverfabriken zahlen für den Dividendenchein 3 eine Dividende von 11 1/2 Prozent, die sächsisch-böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft zahlt 19 Prozent Dividende.

Ein recht naiver Herr scheint der Unternehmer zu sein, der einem seiner Arbeiter folgendes Zeugniß ausstellte:

„Der Maurer A. N. hat vom 12. Juli bis 9. Dezember 1892 und vom 8. März bis 29. Mai 1893 bei mir in Arbeit gestanden. Ueber seine Leistungen in der Arbeit kann ich nur Lobendes äußern, jedoch wegen seiner sozialdemokratischen Tendenzen und wegen Aufwiegelung meiner Arbeiter habe ich denselben entlassen.“
Lübbendorf, den 30. Mai 1893.

Natürlich ist ein solches Zeugniß geschwätigt.
Joseph Müller.“

Die deutsche Branntwein-Brennerei im letzten Betriebsjahre. Nach dem amtlichen Bericht war die Brennerei im letzten Betriebsjahre trotz einer beträchtlichen Vermehrung der Brennereien nicht gerade günstig, woran hauptsächlich wohl die schlechte Kartoffelernte die Schuld trägt. Der Betriebsrückgang betrifft hauptsächlich Norddeutschland, wobei übrigens die Verwertung von Getreide zur Branntweinherstellung infolge der Preisveränderung zugenommen hat. In Süddeutschland ist eine kleine Produktionssteigerung zu verzeichnen, die hauptsächlich durch die günstige Steinkohlenernte veranlaßt ist, wobei die Weintreder wegen der schlechten Wein-Ernte weniger vermindert worden sind. Die Ausfuhr von Branntwein hat erheblich abgenommen; auch der Konsum ist etwas zurückgegangen. In Betrieb waren innerhalb Deutschlands in der Zeit vom 1. Oktober 1891 bis dahin 1892 59 789 (1890/91 57 766) Brennereien, von denen 21 692 allein auf Elb-Lothringen, 18 610 auf Baden, 6687 auf Württemberg und 5610 auf Bayern fallen, während Preußen nur 6171 Brennereien aufweist. Die weitest große Zahl, nämlich 48 255 (im Vorjahr 45 374) gehört zu den kleinen Betrieben, die Ost-, Brauerer-Abfälle und Weintreder in einmischen, wogegen 11 495 (12 996) mehliges Stoffe, in der Hauptsache Kartoffeln und Getreide, und 89 (26) Melasse verwenden. Die Gesamtzeugung an reinem Alkohol hat 2 945 244 (1890/91 2 969 149) Hektoliter betragen, wovon auf Preußen allein 2 340 702 (2 406 850) Hektoliter entfallen. Zur Branntweinbereitung sind verarbeitet 1 334 602 (1890/91 1 685 867) Tonnen à 1000 Kilogramm Kartoffeln, 490 420 (549 365) Tonnen Getreide, 84 924 (73 464) Tonnen Melasse, 306 031 (191 810) Hektoliter Steinkohl-, 205 875 (155 491) Hektoliter Brauerer-Abfälle, 198 229 (267 016) Hektoliter Weintreder u. s. w. Der Verbrauch an Rindranntwein wird auf 2 192 456 Hektoliter reinen Alkohols berechnet gegen 2 203 822 Hektoliter für 1890/91. Zu gewerblichen Zwecken sind 551 300 (519 104) Hektoliter reinen Alkohols abgabefrei verabfolgt. Die Einnahme hat 80 257 (1890/91 46 789), die Ausgabe 126 989 (194 283) Hektoliter reinen Alkohols betragen. Die Einnahme aus der Branntweinsteuer ist von

